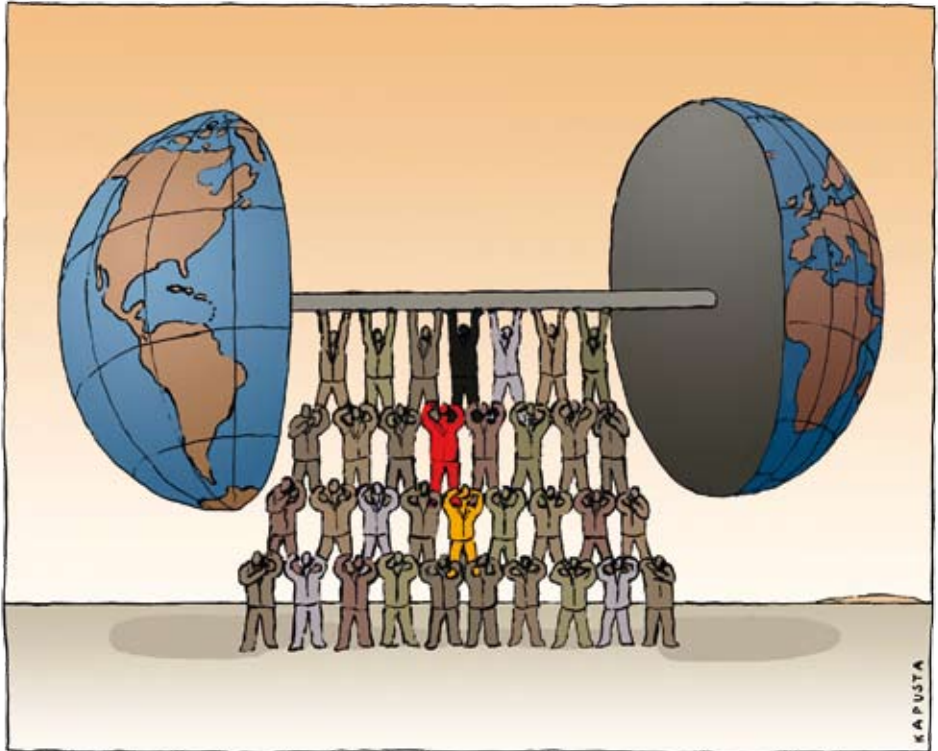


Deutsche Fragen

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken
und des Bayerischen Bankenverbandes



**Kraftakt Krisenbewältigung:
Was hilft, was ist finanzierbar,
was gerecht?**



Wer Antworten auf die Herausforderungen von morgen sucht, muss heute die richtigen Fragen stellen. Diesem Gedanken folgt die Reihe „Deutsche Fragen“ des Bankenverbandes. Das 18. Symposium am 8. Mai 2009 in München stand im Zeichen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Auf dem Podium diskutierten (v. l. n. r.): Rolf Friedhofen, Vorsitzender des Vorstandes des Bayerischen Bankenverbandes und Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG, Georg Fahrenscho, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Prof. Sigmund Gottlieb, Chefredakteur Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, Dr. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, sowie Prof. Dr. Manfred Weber, Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken.

Deutsche Fragen

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken
und des Bayerischen Bankenverbandes

**Kraftakt Krisenbewältigung:
Was hilft, was ist finanzierbar,
was gerecht?**

Medienpartner:

Deutschlandfunk

Inhalt

Vorwort	6
<i>Prof. Dr. Manfred Weber</i>	
Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen	9
<i>Georg Fahrenschoen</i>	
Konsolidierung und Konjunkturstütze – ein Widerspruch?	18
<i>Dr. Reinhard Marx</i>	
Eigenverantwortung und Solidarität – was braucht die Gesellschaft?	27
Diskussion	39
<i>Georg Fahrenschoen</i>	
<i>Rolf Friedhofen</i>	
<i>Dr. Reinhard Marx</i>	
<i>Prof. Dr. Manfred Weber</i>	
<i>Moderation: Prof. Sigmund Gottlieb</i>	
<i>Rolf Friedhofen</i>	
Schlusswort	72
Kurzbiographien der Redner	74
Teilnehmer des Symposiums	77

Vorwort

Die globale Finanzkrise und die Talfahrt der Weltkonjunktur haben auch in Deutschland zu einem Wirtschaftseinbruch geführt, wie ihn dieses Land noch nicht erlebt hat. Inzwischen wird immer deutlicher, welcher Kraftakt notwendig ist, um die Krise zu überwinden.

Dabei sind zuallererst die Banken gefordert, denn weltweit haben Institute Fehler gemacht – einige mehr, andere weniger. Defizite im Risikomanagement, zu komplizierte Produkte und fehlerhafte Anreizsysteme verlangen Korrekturen. Künftig muss der langfristige, nachhaltige Erfolg zur Richtschnur der geschäftlichen Ausrichtung werden.

Wenn wir uns in Zukunft besser vor Krisen schützen wollen, dann müssen alle Beteiligten zu einer vorbehaltlosen, umfassenden Analyse bereit sein: Marktteilnehmer, Rating-Agenturen, Notenbanken, Regulierungsgremien und Aufsichtsbehörden wie auch die Politik müssen sich selbstkritisch fragen, welche Konsequenzen sie aus ihren Fehlern der Vergangenheit zu ziehen haben.

Die Krise hat indes auch eine ordnungspolitische Dimension: Mancher sah das Ende unserer Wirtschaftsordnung gekommen. Aber bei aller berechtigten Kritik: Wir sollten – auch in bewegten Zeiten – die Soziale Marktwirtschaft nicht leichtfertig zur Disposition stellen. Stets hat sie sich in einem Spannungsfeld von persönlicher Freiheit, sozialer Sicherheit und freiem Markt entwickelt – und dabei über Jahrzehnte bewährt.

Beim 18. Symposium des Bankenverbandes in der Reihe „Deutsche Fragen“ am 8. Mai 2009 in München ging es daher nicht nur um die Rolle der Banken in der Krise. Was muss die Politik tun, und welchen Spielraum hat sie? Kann die Kirche Orientierung in der gegenwärtigen Situation geben? Und welche Werte müssen wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft erlangen? Kurzum: Wie kann verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden – das Vertrauen in Banken, in die Finanzmärkte, aber auch das der Bürger in die Soziale Marktwirtschaft?

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Manfred Weber', written in a cursive style.

Prof. Dr. Manfred Weber
Geschäftsführender Vorstand
Bundesverband deutscher Banken

Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen

Exzellenz, Frau Präsidentin, Herr Staatsminister,
meine Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Damen, meine Herren!

Sie werden sich vermutlich nicht mehr an den 21. Juni 2007 erinnern. Warum auch? „Hedge-Fonds-Waterloo bei Bear Stearns – neun Milliarden Dollar an Krediten im Feuer“. Das war an jenem Tag eine der Schlagzeilen der Börsen-Zeitung. Aber damals ließ das noch nicht auf den Tsunami schließen, der doch längst auf uns zurollte. Heute wissen wir es besser. Die zwei Fonds der New Yorker Investmentbank waren in eine Schiefelage geraten, weil sie in großem Stil in immobilienbesicherte Wertpapiere investiert hatten.

Seitdem haben sich die Börsenbewertungen weltweit nahezu halbiert, die Marktkapitalisierung der Banken ist noch weitaus deutlicher geschrumpft. Für Deutschland wird 2009 mit etwa minus sechs Prozent ein Konjunkturunbruch prognostiziert, der in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik seinesgleichen sucht und der auch den Arbeitsmarkt nicht verschonen wird.

Das sind sehr schlechte Nachrichten. Und es hilft nichts, die Augen davor zu verschließen. Genauso falsch wäre es, in Panik zu verfallen. Diese Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu bewältigen, das ist ein Kraftakt – der Titel dieses 18. Symposiums in unserer Reihe „Deutsche Fragen“ sagt es. Und die Krise wird uns noch einiges abverlangen, national wie international.



*Prof. Dr. Manfred Weber,
Geschäftsführender Vorstand
des Bankenverbandes*

Gleichwohl bin ich überzeugt: Die Krise lässt sich bewältigen. Und sie bietet auch die Chance, gestärkt daraus hervorzukommen. Akutes Krisenmanagement und kluge Krisenprävention müssen dazu Hand in Hand gehen. Es gilt zunächst einmal, das Feuer zu löschen, und es gilt dann, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und sie zu korrigieren – nachhaltig zu korrigieren.

Dabei sind ohne Frage zuallererst die Banken gefordert – ich komme darauf noch zurück. Aber auch die Politik und die Gesellschaft

Die Krise lässt sich bewältigen und bietet die Chance, gestärkt daraus hervorzugehen. insgesamt werden von der Krise vor große Herausforderungen gestellt. Daher freue ich mich, dass Sie, Herr Staatsminister Fahrenschon, und Sie, Herr Erzbischof Marx, hier sind. Seien Sie uns herzlich willkommen! Ich danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, heute Abend mit uns zu diskutieren.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Friedhofen, den Vorstandsvorsitzenden des Bayerischen Bankenverbandes, mit dem wir dieses Symposium gemeinsam veranstalten, und Herrn Gottlieb, der später die Diskussion moderieren wird. Mein Dank gilt schließlich auch dem Hausherrn und Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen HypoVereinsbank: Der Bankenverband, lieber Herr Dr. Weimer, ist heute Abend gerne bei Ihnen zu Gast.

Unter uns, meine Damen und Herren, ist auch eine Gruppe von Schülern: Die Klasse 10c des Ignaz-Taschner-Gymnasiums aus Dachau nimmt an unserem Gemeinschaftsprojekt „Jugend und Wirtschaft“ mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung teil. Und ich freue mich, liebe Schülerinnen und Schüler, dass Sie sich dafür engagieren und dass auch Sie heute Abend bei uns sind.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren über eine Wirtschafts- und Finanzkrise von historischer Dimension. Was ist schiefgelaufen an den Finanzmärkten? Welche Konsequenzen ziehen die Banken daraus? Was muss und was kann die Politik in der jetzigen Situation tun? Welche Gestaltungsmöglichkeiten hat sie? Und was bedeutet diese Krise, die Sie, Herr Erzbischof, auch als eine „moralische Krise“ bezeichnet haben, für das Werteverständnis in unserer Zeit?

Wir diskutieren über eine Wirtschafts- und Finanzkrise von historischer Dimension.

Wohl selten zuvor standen Banken so sehr im Kreuzfeuer der Kritik wie zuletzt. Nicht jeder Vorwurf trifft zu. Manches ist zu pauschal, anderes überzogen. Aber richtig ist: Banken haben Anlass zur Kritik gegeben. Auch andere Akteure haben Fehler gemacht – etwa die US-Notenbank, die Aufsichtsbehörden und nicht zuletzt die Rating-Agenturen.

Das ändert aber nichts daran, dass Banken weltweit eine Mitverantwortung für die entstandene Krise haben: Es wurden Risiken falsch eingeschätzt oder teilweise übersehen. Manche Finanzprodukte waren zu kompliziert geworden, Anreize für kurzfristige Erfolge vielfach zu groß. Und leider standen die Kunden nicht immer so im Mittelpunkt, wie es sein sollte.

Banken haben weltweit eine Mitverantwortung für die Krise.

Diese Fehler wurden erkannt, und die Banken haben in der Zwischenzeit bereits eine Reihe von Veränderungen in Angriff genommen. Dazu gehört zunächst ein verbessertes Risikomanagement durch den Aufbau neuer Systeme, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Auch hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Einschätzung von Rating-Agenturen nicht das Maß aller Dinge sein darf, sondern dass Banken sich wieder stärker auf ihr eigenes Urteil verlassen müssen.

Der Umgang mit Risiken hat auch mit den Vergütungsmodellen zu tun. Künftig müssen Bonuszahlungen deshalb vorrangig am nachhaltigen Erfolg ausgerichtet werden und nicht am kurzfristigen Gewinn. Einzelne Häuser ergänzen ihre Anreizsysteme jetzt um einen Malus-Faktor. Andere honorieren es, wenn sich die Zufriedenheit der Kundschaft erhöht.

Banken sind jedenfalls auf zufriedene Kunden angewiesen – ohne sie kann kein Kreditinstitut erfolgreich sein. Für die Anlageberatung zum

Banken müssen sich weniger auf das Urteil von Rating-Agenturen als auf ihr eigenes verlassen.

Beispiel heißt das: Ganz gleich, wie sich der einzelne Kunde in Finanzfragen auskennt – jeder muss so informiert werden, dass er beurteilen kann, welches die richtige Geldanlage für ihn ist und in welchem Verhältnis

Risiko und Renditechance stehen.

Meine Damen und Herren, alle Maßnahmen, die die Banken ergreifen, haben im Kern das Ziel, verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen: im Verhältnis der Banken untereinander, vor allem aber bei den Kunden, und schließlich in der Gesellschaft insgesamt.

Unter den Banken ist das Vertrauen immer noch nicht so weit zurückgekehrt, dass sie sich auch für längere Frist wieder Geld leihen. Voraussetzung dafür ist, dass die Bankbilanzen von risikobehafteten Papieren entlastet werden. Und weil dieser Schritt auch für die Kreditvergabe so wichtig ist, ist es gut, dass sich die Bundesregierung dieses Themas angenommen hat. Wie auch immer die Lösung am Ende aussehen wird: Sie kann und wird nicht darin bestehen, dass die angeschlagenen Bilanzpositionen einfach beim Steuerzahler abgeladen werden.

*Wir müssen verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.
(Manfred Weber)*



So wichtig dieser Schritt der Krisenbewältigung ist, meine Damen und Herren: Für die Banken geht es genauso um das Verhältnis zu ihren Kunden, zumal wir aus aktuellen Umfragen des Bankenverbandes

Die Deutschen vertrauen ihrer eigenen Bank nach wie vor in hohem Maße. wissen, dass das Vertrauen der Bürger in die Finanzbranche – also in „die Banken“ ganz allgemein – durch die Finanzmarktkrise erheblich gelitten hat. Fragt man die Deutschen hingegen nach dem Vertrauen in ihre jeweils eigene Bank, dann ergibt sich nach wie vor ein recht positives Bild.

So äußerten Mitte März dieses Jahres 54 Prozent der Deutschen, dass ihr Vertrauen in die Banken in Deutschland insgesamt „stark gelitten“ habe. Bezogen auf ihre eigene Bank sagten dies aber nur acht Prozent. Auch wenn also das individuelle Verhältnis der Kunden zu ihrer Bank weitgehend intakt geblieben ist, kann das nicht bedeuten, die Hände in den Schoß zu legen. Wir Banken müssen hier eine Menge tun, ich sprach es an.

Der Verlust des Vertrauens der Gesellschaft in die gesamte Branche dagegen hat auch mit einem Faktum zu tun, das Altbundeskanzler Helmut Schmidt als Folge der Krise benannt hat. Er beklagte, dass das

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen – wie auch sein eigenes – durch die jüngsten Entwicklungen zutiefst verletzt sei. Ich denke, diese Gefühlslage ist verständlich, insbesondere wenn wir an die Fälle denken, bei denen offenkundig gescheiterte Manager auf ihren Vertrag pochen und unangemessen hohe Vergütungen oder überzogene Abfindungen für sich reklamieren.

Obwohl es in Deutschland nur Einzelfälle waren, wurde dadurch dennoch das Bewusstsein für solche Fehlentwicklungen erheblich geschärft.

In gewisser Hinsicht hat die Finanz- und Wirtschaftskrise somit wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Und meine Erwartung ist, dass sich dieser Prozess noch weiter fortsetzen wird.

Allerdings kommt es dabei sehr darauf an, dass die Diskussion sachlich geführt wird. Denn machen wir uns nichts vor, meine Damen und Herren: In den bevorstehenden Wahlkämpfen, das zeichnet sich schon heute ab, wird sich noch manche Debatte deutlich polarisieren. Zur Lösung der anstehenden Probleme trägt das selten bei. Nach meinem Verständnis besteht die Pflicht der gesellschaftlich Verantwortlichen jedoch vor allem darin, in der Krise – wer immer die Fehler im Einzelnen begangen hat – die Gemeinsamkeit zu suchen.

Dafür gibt es durchaus eine Grundlage: Gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage besteht ein breiter Konsens zu den von der Politik ergriffenen Maßnahmen der Krisenbewältigung. So stimmen zwei Drittel der Deutschen dem zweiten Konjunkturpaket der Bundesregierung zu – und zwar über die Anhängerschaft der einzelnen Parteien hinweg. Das halte ich keineswegs für selbstverständlich.

Die meisten Deutschen stimmen der Konjunkturpolitik der Regierung zu – über Parteigrenzen hinweg.

Ebenso wenig selbstverständlich ist der Umstand, dass die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft – trotz der verschärften Wirtschaftskrise – in den letzten Monaten nicht weiter gesunken ist. Auch das zeigen die Ergebnisse unserer repräsentativen Umfrage.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Natürlich ist es nicht akzeptabel, dass auch aktuell nur gut die Hälfte der Deutschen davon überzeugt ist, dass sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt hat. Doch nach Jahren abnehmender Akzeptanz hat sich die Zustimmung

zu unserer Wirtschaftsordnung immerhin auf diesem Niveau stabilisiert. Für mich heißt das: Die Bevölkerung hat in dieser Krise bislang ein beachtliches Maß an Besonnenheit gezeigt.

Und genau darauf wird es auch in den nächsten Monaten ankommen. Anstatt in der gegenwärtigen Situation unser System in Frage zu stellen, tun wir gut daran, uns zu erinnern, was unserer markt-

Die Bevölkerung hat in dieser Krise bislang große Besonnenheit gezeigt.

wirtschaftlichen Ordnung seit gut 60 Jahren gelungen ist: Wohlstand durch Wettbewerb, Markt und Eigeninitiative zu fördern und gleichzeitig Solidarität zu ermöglichen. Auf diese Errungenschaften unserer Wirtschaftsordnung können wir weiter vertrauen. Die Soziale Marktwirtschaft steht nicht in Frage, und wir sollten sie auch von niemandem in Frage stellen lassen.

Allerdings muss bei der Bekämpfung der Krise teilweise zu Mitteln gegriffen werden, die in keinem Lehrbuch der Marktwirtschaft zu

In der systemischen Krise ist der Staat als Garant für Stabilität ohne Alternative.

finden sind. Denn in einer systemischen Krise – und von einer solchen sprechen wir seit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers – ist das entschlossene

Eingreifen des Staates ohne Alternative. Natürlich wünschte ich mir, wie wohl fast jeder, es hätte einen anderen Weg gegeben.

Wir müssen hier genau unterscheiden: In der systemischen Krise ist der Staat, ich wiederhole es, als Garant für Stabilität ohne Alternative. Und es verdient Anerkennung, ja Dank, dass in dieser schwierigen Situation auf den Staat und auf die Politik Verlass gewesen ist. Aber unter normalen Verhältnissen, wenn die Märkte wieder funktionieren, dann hat der Staat, vom Fördergeschäft einmal abgesehen, als Unternehmer wie als Banker keine Rolle.

Und deshalb: Wirtschaft und Gesellschaft profitieren auch künftig am meisten, wenn der Staat sich baldmöglichst wieder darauf beschränkt, der Wirtschaft Regeln vorzugeben; wenn er diese – und zwar effektiv und stringent – kontrolliert; nicht aber, wenn er auf Dauer ins Unternehmerlager wechselt.

Das bedeutet, die Intervention des Staates – zur Stabilisierung des Bankensystems und zur Stützung der Konjunktur – darf nur so lange dauern, wie es die Krise erfordert. Für beide Bereiche muss es deswegen Rückzugspläne geben. Das ergibt sich schon aus der Verpflichtung gegenüber den Bürgern und den Steuerzahlern. Bei allen fiskalischen Kraftanstrengungen, die derzeit – auch und zuerst zugunsten der Banken – notwendig sind: Wir dürfen das Vertrauen in tragfähige Staatsfinanzen nicht aufs Spiel setzen.

Die Banken sind sich ihrer Fehler und ihrer Verantwortung in der gegenwärtigen Krise sehr wohl bewusst.

Damit bin ich in Ihrem Beritt angelangt, Herr Staatsminister. Bevor ich aber an Sie weitergebe, lassen Sie mich noch einmal betonen: Die Banken sind sich ihrer Fehler und ihrer Verantwortung in der gegenwärtigen Krise sehr wohl bewusst. Und wir wollen uns diesen Fehlern und dieser Verantwortung – auch hier und heute – stellen. Lieber Herr Fahrenschon, Sie haben das Wort.

Konsolidierung und Konjunkturstütze – ein Widerspruch?



*Georg Fahrenschoen,
Bayerischer Staatsminister
der Finanzen*

Herr Erzbischof, hoch verehrte Exzellenz,
Herr Dr. Marx, Frau Präsidentin Knobloch,
Herr Friedhofen, Herr Dr. Weimer,
lieber Herr Professor Weber,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aus den Verwerfungen an den Finanzmärkten der Welt ist eine tiefe weltweite Rezession geworden. Ich schließe mich all denjenigen an, die Ludwig Erhard zitieren und jenen Gedanken einer positiven Grundstimmung in den Mittelpunkt stellen, dass eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik immer auch ein Vertrauen in die Zukunft vermitteln muss. Deshalb will ich mich davor hüten zu dramatisieren. Trotzdem muss gesagt werden, dass wir derzeit die tiefsten und größten Einschnitte seit dem Jahr 1949 erleben.

Wir erleben einen Wetter- Es ist ein Wettersturz ohne Beispiel, gerade wenn man die baye-
sturz ohne Beispiel. tischen Zahlen zugrunde legt. Im ersten Halbjahr 2008 betrug das Wachs-
tum in Bayern 2,8 Prozent. In 50 von knapp 80 Kreisen
und kreisfreien Städten war Vollbeschäftigung zu ver-
melden. Für 2009 gehen nun die führenden Wirtschaftsinstitute für
Deutschland von minus sechs Prozent Wirtschaftswachstum aus. Und
auch die Bundesregierung kommt in ihrer aktuellen Prognose zum glei-
chen Ergebnis. Diese Lage ist beispiellos.

Darüber hinaus wechseln Licht und Schatten, unterschiedlichste Nachrichten, einander in hoher Geschwindigkeit ab und zeigen, wie komplex, wie undurchsichtig sich die Lage nach wie vor darstellt. So kann man

zum Beispiel die Tatsache ins Feld führen, dass die Jahresrate von minus sechs Prozent ein Durchschnittswert ist, der nur wenig über den Verlauf der weiteren konjunkturellen Entwicklung aussagt. Die Institute bescheiden uns immerhin, dass wir mit den beiden vergangenen Quartalen den schlimmsten Einbruch schon überstanden haben. Auch sind nicht alle Branchen gleich betroffen. Anlass zur Hoffnung gibt die aktuelle erfreuliche Meldung, dass der ifo-Geschäftsklimaindex wieder kontinuierlich nach oben weist. Der zunächst freie Fall scheint also gebremst.

Trotzdem, das Jahr 2009 wird das schwerste seit Jahrzehnten. Es ist unsicher, ob sich die deutsche Wirtschaft bereits in diesem Jahr oder erst im kommenden stabilisieren kann. Und: Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt stehen uns noch bevor. Umso wichtiger ist es, dass insbesondere die Unternehmerinnen und Unternehmer besonnen reagieren – indem sie versuchen, die Belegschaft so weit wie möglich zu halten.

Und über allem beschäftigt die Menschen die Frage: Welche Lehren ziehen wir aus der Krise? Ich sehe folgende wichtige Ansätze. Erstens gilt: Nicht alles aus dem angelsächsischen Raum bringt die Welt voran. Der Glaube, die Märkte richteten es am besten selbst, hat sich als falsch erwiesen. Märkte brauchen Leitplanken. Und ich darf an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die Kontinentaleuropäer in den letzten Jahren immer wieder Anläufe dazu unternommen haben. London und Washington aber haben bisher stets abgeblockt. Insoweit stimmt der letzte G-20-Gipfel optimistisch. Er steht für Bewegung in diesem Sinne, und ich sehe die Chance, dass wir diese Leitplanken nun bekommen.

Wir brauchen zweitens ein Leitbild. Wir sollten gemeinsam für eine Renaissance der sozial verantworteten Marktwirtschaft eintreten.

Die Soziale Marktwirtschaft ist auch eine Werteordnung. Die Soziale Marktwirtschaft war und ist immer auch eine Werteordnung. Bundespräsident Horst Köhler beklagt deshalb zu Recht, dass manchem Finanzmanager ein solcher Kompass offensichtlich fehlte.

Zum Dritten: Insbesondere die Finanzmärkte sind kein Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion. Die Finanzmärkte sind dafür da, dass wir im Zwischen- und Zusammenspiel der Akteure in der Sozialen Marktwirtschaft die Finanzierung herstellen können.

Viertens: Wir müssen alle gemeinsam nachhaltiger wirtschaften und uns auf die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns besinnen. Im Klartext: Wir müssen immer verantwortungsbewusst handeln. Und wir brauchen mehr denn je Frauen und Männer, die kreative Ideen haben, die bereit

Finanzmärkte sind kein Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion. sind, Risiken einzugehen und Unternehmen verantwortungsbewusst zu leiten. Lassen Sie uns ein Beispiel an Thomas Mann nehmen, der seiner Romanfigur, dem

Lübecker Kaufmann Johann Buddenbrook, folgendes sehr weise Motto in den Mund legt: „Sei am Tage mit Lust bei den Geschäften, aber mache nur solche, dass du des Nachts ruhig schlafen kannst.“

Und fünftens: Ja, wir brauchen Banken und einen funktionsfähigen Geldkreislauf. Für unsere moderne Weltwirtschaft ist beides notwendig, so wie der Blutfluss im menschlichen Körper. Er darf nicht stoppen. Wenn die Sauerstoffzufuhr ins Stocken gerät, müssen wir Notfallmaßnahmen einleiten. Deshalb müssen viele Staaten dieser Welt die relevanten Banken im System stützen. Aber ich sage auch ganz klar: nicht

den Banken oder den Managern zuliebe, beileibe nicht. Wir brauchen die Banken für die Verbraucher, für die Mittelständler, für die Handwerker und Unternehmer. Letztlich kommt dies über Arbeitsplätze vor allem den Menschen zugute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um in der Krise gegenzusteuern, wenden Bund und Länder in Deutschland geballte Milliardensummen auf, und gleichzeitig wissen wir um das Sinken der Steuereinnahmen. Um die größte Krise seit 1949 abzumildern, sind diese Ausgaben meines Erachtens gerechtfertigt.

Nicht zu Unrecht fragen die Menschen aber: Wie können diese Schulden wieder abgebaut werden? Es wird Sie nicht verwundern, dass der bayerische Finanzminister mit Nachdruck für eine nachhaltige Haushaltspolitik plädiert. Diese Krise dürfen nicht unsere Kinder bezahlen. Daher brauchen wir auch eine konsequente Tilgungsstrategie. Aber es muss uns auch klar sein: Ohne Wachstum werden wir die Rückzahlung nicht schultern können. Daher müssen wir jetzt mehr denn je unsere Politik darauf ausrichten, der deutschen Wirtschaft zurück auf ihren Wachstumspfad zu helfen.

Politik hört nicht mit der nächsten Steuerschätzung auf. Politik muss so handeln, wie es die zugespitzte Situation gebietet. Deshalb gilt es, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern die Frage zu beantworten: Wo können wir und wie können wir Wachstumsbremsen lösen? Meiner festen Überzeugung nach brauchen wir ein Steuerrecht, das die Leistungen des Einzelnen nicht mehr bestraft – weder die der Arbeitnehmerin und des Arbeitnehmers noch die der Unternehmerin und des Unternehmers.

Banken stützen wir nicht den Banken zuliebe, sondern im Interesse der Verbraucher.

Diese Krise dürfen nicht unsere Kinder bezahlen.

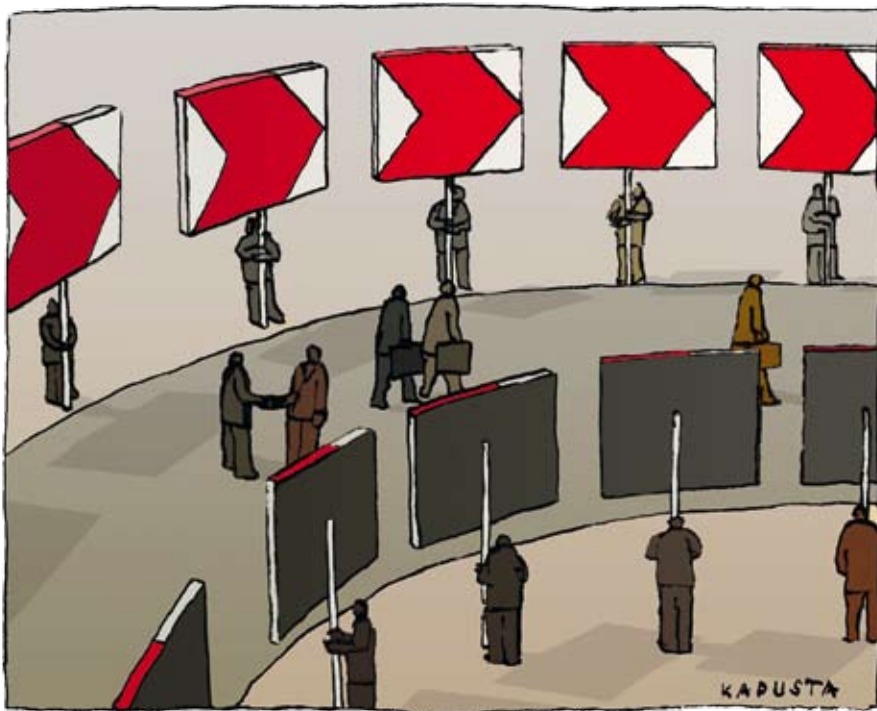
Gerade den Leistungsträgern wird immer mehr genommen, nicht zuletzt durch Effekte wie die mittlerweile allen bekannte „kalte Progression“. An „mehr Netto vom Brutto“ führt aber in dieser Zeit kein Weg vorbei. Steuerentlastungen mit Abbau der kalten Progression haben im Übrigen auch eine gesellschaftspolitische Dimension, denn es geht auch um die Frage der Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft. *Steuersenkungen müssen Teil des Programms zur Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft sein.* Gerechtigkeit müssen wir vor allem über Leistungsgerechtigkeit herstellen und gerade nicht durch Umverteilung.

Wenn ein Facharbeiter heute fast schon den Höchststeuersatz zahlt, dann stimmt etwas im System nicht. Und umso mehr müssen wir uns jetzt dieser systemischen Frage zuwenden. Deshalb sind Steuersenkungen auch ein zentraler Baustein eines Programms zur Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft.

Und, Herr Weber, Sie haben darauf hingewiesen: Auch die Banken sind gefordert, die Wachstumskräfte auf breiter Front zu stärken. Sie sind gefordert, alles zu unterlassen, was die Auswirkungen der Krise verschärfen kann. Es darf in der jetzt zugespitzten Situation zu keiner Kreditklemme in Deutschland kommen. *Es darf zu keiner Kreditklemme in Deutschland kommen.* Dabei müssen sich einerseits die Banken ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein. Wenn also Staat und Steuerzahler den Banken in dieser Krise helfen, dann können sie auch verlangen, dass die Banken sich anschließend nicht zurückziehen. Sie müssen weiter Kredite vergeben.

Andererseits müssen wir uns in der politischen Debatte auch mit mindestens zwei notwendigen Veränderungen auseinandersetzen: Wir

*Märkte brauchen Leitplanken.
(Georg Fahrenschon)*



wissen, dass Basel II, das System, das die Eigenkapitalhinterlegung der Banken international regelt, prozyklisch wirkt. Das kann man in offiziellen Unterlagen des Deutschen Bundestages nachlesen. Und zugleich sind wir von der falschen Annahme ausgegangen, es könne keine weltweite Rezession geben. Wir meinten, wenn in einer Weltregion Rezession herrscht und Basel II die internationalen Banken unter Stress stellt, gibt es mindestens drei oder vier, vielleicht gar fünf Regionen, die zum Ausgleich herangezogen werden können. Heute stellen wir fest, es gibt keine einzige Region in der Welt, die zum Ausgleich herangezogen werden kann. Ergo brauchen wir Sondermaßnahmen. Was Basel II fehlt, sind Regelungen für Notfälle wie diese aktuelle Krise.

Aber auch der Fair-Value-Ansatz, also der Zeitwert-Ansatz nach Marktwerten, ein zentraler Leitgedanke des internationalen Bilanzierungsrechts, versagt in dem Moment, wo es vorübergehend keinen funk-

Die Menschen beginnen in der Krise stärker über Werte und Wurzeln nachzudenken.

tionierenden Markt gibt. Dann verkehrt sich der Ansatz des Fair Value schlicht und einfach ins Gegenteil. Auch hier fehlt es an angemessenen Regelungen in Notsitu-

ationen. Als alternativer Ansatz könnte sich das langjährig bewährte Ertragswertverfahren anbieten. Schließlich hat es den europäischen Kontinent geprägt.

Sehr verehrter Herr Weber, ich schließe mich Ihrer Grundthese an, die aktuelle Krise müsse auch als Chance gesehen werden. Die Menschen beginnen stärker über Werte und Wurzeln nachzudenken, und die Bedeutung regionaler Kreisläufe steigt. Aus bayerischer Sicht, glaube ich, gibt es vor allem fünf Gründe, die gegen Pessimismus sprechen:

Erstens, unsere Unternehmen sind mit hervorragenden Produkten fit für den Wettbewerb. Wir können nach der Krise als Erste liefern und durchstarten. Wir haben einen breiten inhabergeführten Mittelstand. Zweitens: Wir haben eine moderne Infrastruktur, und wir liegen im Zentrum Europas. Viele Absatzmärkte sind aus Bayern, aus Deutschland heraus schnell und einfach zu erreichen. Drittens: Wir setzen weiter auf Spitzenforschung und -lehre, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Forschung von heute steht für die gefragten Produkte von morgen.

Viertens: Man möchte fast sagen, Herr Erzbischof, Gott sei Dank, wir haben eine gemeinsame Währung. Die politische Kraft des seinerzeitigen deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl und der Durchsetzungswille seines Bundesfinanzministers Theo Waigel, die es nicht darauf anlegten, die kleinen Nachbarstaaten abzuwehren und zu verärgern, sondern darauf, sich gemeinsam mit ihnen um den europäischen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen europäischen Währung zu bemühen, zahlen sich heute in barer Münze aus. Jetzt erst wird die Tragweite dieser historischen Entscheidung deutlich: eine internationale Währung. Die nationale Währung der größten Volkswirtschaft in Europa wäre heute ein Spielball der Märkte und Spekulanten.

Zum Glück haben wir eine gemeinsame europäische Währung.

Und fünftens: Wir haben stabile öffentliche Hände. Wir haben Grundstrukturen, die – demokratisch legitimiert – in der Lage sind zu handeln. Und deshalb müssen wir auch handeln. Wir müssen verstärkt in Bildung, in den Rohstoff Geist investieren, und wir müssen uns für eine Gesellschaft stark machen, in der Kinder erwünscht sind, in der Kinderlärm und Kinderlachen als Zukunftsmusik begrüßt werden und zur positiven Grundstimmung beitragen.

Wir verfügen über handlungsfähige demokratische Grundstrukturen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können die Krise nicht verschwinden lassen. Aber wir können alles tun, ihre Auswirkungen abzumildern. Durch Investitionen einerseits und Entlastung auf breiter Front andererseits schaffen wir Freiräume für Wachstum. Insoweit sind Konsolidierung und Konjunkturstütze kein Widerspruch, sondern sie bedingen einander vielmehr. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Eigenverantwortung und Solidarität – was braucht die Gesellschaft?

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben mich eingeladen, zum Thema „Eigenverantwortung und Solidarität – was braucht die Gesellschaft?“ zu sprechen. Ich will versuchen, hier in einigen Strichen zu skizzieren, was wir dann in der Diskussion vertiefen können.

Einen ganz wichtigen Punkt haben meine beiden Vorredner bereits genannt: Die Krise muss auch eine Chance sein zu lernen. Eine Krise bedeutet ja eine Herausforderung. Es ist eine Zeit der Bewährung, ja in gewisser Weise auch eine Zeit, in der Licht auf die Verhältnisse fällt, die sonst im Dunkeln sind. Plötzlich erkennen wir besser, was verkehrt gelaufen ist, und auch, was strukturell verändert werden müsste. Diese Krise legt etwas offen, das möglicherweise in einer Art Verblendungszusammenhang, wie es die kritische Theorie einmal genannt hat, verborgen war oder verschleiert wurde – bewusst oder unbewusst.

Vielleicht haben wir verlernt, ein gutes und richtiges Verhältnis von Markt und Staat zu erkennen und auch zu konstruieren. Dass dieses Verhältnis immer einen Balanceakt darstellt und immer diskutiert werden muss, ist selbstverständlich. Nun beschäftige ich mich mit diesem Thema ja schon seit über 20 Jahren. Und die ganze Zeit über hörte ich in allen einschlägigen Diskussionen eigentlich immer nur: Der Staat muss sich zurückziehen.

Die Relativierung des Staates, ja der Staat gar als Bedrohung der Märkte, als etwas, das eigentlich nur stört, ist mir doch sehr lebhaft in



*Dr. Reinhard Marx,
Erzbischof von München
und Freising*

*Haben wir verlernt, ein richtiges
Verhältnis zwischen Markt und
Staat zu konstruieren?*

Erinnerung. Nun lernen wir, dass der Staat eine wichtige, unersetzbare Aufgabe, auch im Bereich der Wirtschaft, wahrnimmt. *Der Staat ist nicht nur Störfaktor, sondern spielt eine notwendige Rolle.* Wir lernen, dass er nicht nur Störfaktor ist, wie manche meinen, sondern dass er eine notwendige Rolle spielt, die man natürlich immer wieder neu betrachten muss.

Ein zweiter Punkt: Wir sehen intensiver, gerade in der Krise, was Globalisierung eigentlich bedeutet. Auf der einen Seite die Verflochtenheit, die durch die Finanzmärkte entsteht, und auch durch die globale Vernetzung der Wirtschaft insgesamt. Andererseits aber – und das ist positiv – hat die Globalisierung ein Stadium erreicht, in dem mittlerweile die Einsicht wächst: Gegeneinander können wir die Probleme nicht lösen. Ich hätte mir vor einigen Jahren nicht vorstellen können, dass solche Beschlüsse, wie sie die G-20-Staaten innerhalb von wenigen Wochen gefasst haben, denkbar sind.

Ob diese Maßnahmen nachhaltig sind und ob sie auch kontinuierlich nachjustiert werden, oder ob das nur ein Element in der Krise ist, ein Erschrecken und dann wieder eine Rückkehr zu den alten Instrumenten, das kann ich nicht voraussagen. Aber die Einsicht, dass Protektionismus, Nationalismus, sich nur auf die eigenen Interessen zu beziehen, keine Lösungsperspektive sein kann, das ist ein Fortschritt, den wir in der Krise deutlich sehen. Auch die Einsicht ist gewachsen, dass Globalisierung Gestaltung auf Weltebene bedeutet. *Die Globalisierung hat ein Stadium erreicht, in dem man Probleme nicht mehr gegeneinander lösen kann.*

Und ein dritter Punkt: Wir haben neu gesehen, was wir in den vergangenen Jahrzehnten auch unterschätzt haben: Institutionen brauchen moralische Ressourcen. Das Regelwerk läuft nicht von selbst, und

der Wettbewerb ist nicht einfach das regulative Prinzip der gesamten gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das hat „Quadragesimo anno“, die Sozialenzyklika von Papst Pius XI., übrigens schon 1931 formuliert. Nun haben wir es neu gelernt. In der Krise spüren wir: Wir müssen die Frage, wie moralische und kulturelle Ressourcen Institutionen prägen und verändern, erneut stellen. Wir müssen wieder fragen, wie die Verantwortung des Einzelnen und die Verantwortung von Institutionen in der Gesellschaft zu sehen sind.

Durch die Krise ist die Einsicht gewachsen, dass Globalisierung Gestaltung auf Weltebene bedeutet.

Damit bin ich bei der Solidarität angelangt, die ja im Titel meiner heutigen Ausführungen steht. Solidarität und Gemeinwohl sind notwendig in einer modernen Gesellschaft. Und wie Gemeinwohl und Solidarität organisiert werden, das ist vielleicht die größte Herausforderung überhaupt. Immanuel Kant hat es in seiner berühmten Schrift „Zum ewigen Frieden“ sinngemäß einmal so formuliert: Einen modernen, liberalen Staat zu errichten, ist – so schwer es auch scheint – selbst für ein Volk von Teufeln möglich, wenn sie nur Verstand haben. Und dann beschreibt er, dass es eigentlich darum geht, berechnete individuelle Interessen in einem pluralen, liberalen Gemeinwesen so zu organisieren, dass sie in einer Institution wie dem Staat gebündelt werden können. Das müsse so geschehen, dass das Ganze am Gemeinwohl orientiert ist, aber zugleich die Einzelinteressen nicht behindert werden.

Den Ausgleich zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl zu unterschätzen, gefährdet die Demokratie.

Das hört sich kompliziert an, und das ist auch kompliziert. Und dieses Problem zu unterschätzen, bedeutet eine Gefährdung der modernen Demokratie. Denn die moderne Demokratie und auch die Marktwirt-

schaft leben davon, dass viele Einzelne ihren Interessen folgen. Genauso wollen und müssen wir aber daran festhalten, dass es auch ein gemeinsames Interesse gibt, dass es ein Gemeinwohl gibt, eine Orientierung auf das, was alle betrifft. Wie man das organisiert, ist die große Herausforderung. Dies wird uns gerade in einer Krisensituation deutlich.

Eine moderne Gesellschaft können wir uns eigentlich nur noch im Sinne der Subsidiarität, der Freiheit des Einzelnen, vorstellen. Woran wir nicht mehr denken, ist, diese Freiheit so zu organisieren, dass sie

Den Markt zum Prinzip der ganzen Gesellschaft zu machen, würde die Solidarität schmälern.

nicht zerstörerisch wirkt, sondern eingebaut wird in die Gemeinwohlorientierung. Dass das gerade im Bereich der Wirtschaft, der Marktwirtschaft, des Wettbewerbs gilt, ist selbstverständlich. Denn dort muss man ja den eigenen Interessen folgen und gewinnorientiert handeln.

Aber deswegen den Markt zum Prinzip der ganzen Gesellschaft zu machen, wäre eine Fehlorientierung und würde nicht die Gemeinwohlorientierung befördern, sondern die Solidarität schmälern. Unter Solidarität verstehe ich allerdings nicht eine Partei- oder Klassensolidarität wie mein Namensvetter, sondern eine Solidarität im Sinne der Katholischen Soziallehre, der christlichen Sozialethik. Gemeint ist das Bewusstsein, dass in einem Gemeinwesen – wir könnten heute sagen: im globalen Gemeinwesen – alle miteinander verbunden sind, alle aufeinander bezogen sind.

Wie man das organisiert, unter Berücksichtigung der Freiheit des Einzelnen, unter der Berücksichtigung auch der hohen Effizienz und Wertigkeit des Wettbewerbs, das ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Und die Krise gibt einen Schub, sich dieser Herausforderung zu stellen. Wir dürfen

Wir dürfen jetzt nicht zu kurzatmig auf rein technische Lösungen schauen.

jetzt nicht zu kurzatmig auf rein technische Lösungen schauen, die gleichwohl notwendig sind. Die Politik hat ja gezeigt, dass man handeln kann. Das hat Vertrauen geweckt und Vertrauen genährt. Aber das ist eine Aufgabe, die viele Jahrzehnte bleiben wird, an der wir arbeiten müssen, die sehr viel Mühe und Anstrengungen erfordert.

Und dazu gehört eben der Gedanke des starken Staates, den auch die Soziale Marktwirtschaft kennt – und zwar aristotelisch in dem Sinne, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Der Staat hat seine Bedeutung, er ist nichts Negatives. Starker Staat heißt nicht, dass er mächtig im eigentlichen Sinne sein soll und alles ausreguliert, davon war nie die Rede. Sondern, dass er die richtigen Regeln an der richtigen Stelle setzt und für deren langfristige, nachhaltige Umsetzung sorgt. Es geht nicht, jedes Jahr ein neues Programm aufzulegen, bei dem man nicht weiß, was dann an Gesetzen kommt.

Ein starker Staat ist geprägt vom Vertrauen der Menschen, die wissen, dass sie sich, wenn alle Stricke reißen, auf den Staat verlassen können als auf einen Akteur, der das Gemeinwohl im Blick hat. Und das ist durch die Krise bei einigen durchaus positiv angekommen. Aber das gilt eben nicht nur für die Krise. Das gilt generell! Es gibt ja einige Stimmen, die sagen, man solle auch die existenziellen Lebensrisiken individualisieren, nach dem Motto: Wenn jeder an sich denkt, ist ja an alle gedacht. Aber das kann nicht unsere Auffassung von einem modernen Staat und einem modernen Gemeinwesen sein.

Starker Staat heißt: die richtigen Regeln an der richtigen Stelle setzen.

Wenn alle Stricke reißen, müssen sich die Menschen auf den Staat verlassen können.

Ich möchte betonen, dass die Soziale Marktwirtschaft immer davon ausgegangen ist, dass der Wettbewerb ein Zivilisationsprodukt ist und kein Urwald, der naturwüchsig entsteht. Dass man alles einfach nur so laufen lassen müsse und der Wettbewerb dann irgendwie von selber

Ohne Ordnung gibt es keinen Wettbewerb im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

entstehe, das ist eine schiefe Perspektive. Der Wettbewerb setzt sehr viel voraus, vor allen Dingen auch den Staat, der die Wettbewerbsordnung setzt. Ohne Ordnung gibt es überhaupt keinen Wettbewerb im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Dass die Marktwirtschaft im globalen Maßstab ohne staatlichen Rahmen, ohne eine Wettbewerbsordnung existieren könnte, ist ein ökonomischer Irrtum. Wir sind einem Irrtum hinterhergelaufen. Wir hatten keine Wettbewerbsordnung.

Wie konnte man der Meinung sein, der Wettbewerb würde die Ordnung von selber hervorbringen? Unsere Erfahrung mit der Sozialen Marktwirtschaft ist eine andere. Und die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft ist erst recht eine andere gewesen. Und deshalb

Wie konnte man der Meinung sein, der Wettbewerb würde die Ordnung von selber hervorbringen?

meine ich, obwohl ich kein Experte in diesen Dingen bin: Es ist ein wichtiger Punkt, auch dem Finanzsektor auf der Weltebene eine Wettbewerbsordnung zu geben, die verlässlich ist und die kontrolliert wird. Und das gilt auch für die globalen Märkte insgesamt.

Diese Vorstellung vom starken Staat, vom Ordnungsrahmen auf Weltebene, ist eine schwere Aufgabe, aber sie muss angegangen werden im Sinne eines Global Government. Vielleicht nicht im Sinn eines Weltstaates, den können wir uns gar nicht vorstellen, und er ist vielleicht auch nicht wünschenswert. Aber ein Ordnungsrahmen, der mehr ist als Good-

will, als Absprachen, die man morgen wieder vergessen kann, ist eine absolute Notwendigkeit. Und ein solcher Ordnungsrahmen wiederum setzt Zivilisationsniveau voraus, Rechtsstaatlichkeit, ein Bewusstsein dessen, was Gemeinwohl ist.

Dazu gehört auch eine ordnende Leitidee. Wir könnten sagen, die Leitidee ist die Gerechtigkeit. Der heilige Augustinus fragt in einem oft zitierten Wort im „Gottesstaat“: Was sind Staaten ohne Gerechtigkeit anderes als große Räuberbanden? Und er bringt das Gleichnis von Alexander dem Großen, der einen Seeräuber zur Rede stellt. Zu Recht habe der Seeräuber dem großen Alexander erwidert: „Du machst mir Vorwürfe, dass ich die Bucht hier unsicher mache mit meinem kleinen Gefährt. Du machst das ganze Mittelmeer unsicher mit deiner Armada. Was ist der Unterschied?“ Und Augustinus schließt: Wenn Staaten nicht der Idee der Gerechtigkeit folgen, sind sie nichts anderes als große Räuberbanden.

Diese Idee der Gerechtigkeit ist folglich wichtig für die Vorstellung, auch auf Weltebene einen Rahmen zu setzen. Und sie setzt die Idee der Gleichheit voraus. Nicht der Gleichheit im Sinne, dass alle Menschen gleich sind an Begabung, an Fähigkeiten. Aber in dem Sinne, dass sie gleich an Würde sind, dass jeder eine Chance bekommt, dass jeder eingeladen ist, seinen Beitrag zu leisten. Diese ordnende Leitidee der Gerechtigkeit formt sich dann aus den Prinzipien Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit.

Ich will das hier nicht weiter ausführen, denn es ist ja nicht beabsichtigt, dass ich eine Vorlesung über Katholische Soziallehre halte. Aber es wird deutlich: Wenn wir über das Lernen aus der Krise sprechen, ist

Die Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft ist die Gerechtigkeit.

Alle Menschen sind gleich an Würde und müssen eine Chance bekommen, ihren Beitrag zu leisten.

mehr erforderlich als eine technische Herangehensweise. Die ist notwendig. Und ich möchte auch allen danken, die ernsthaft daran arbeiten, diese technischen Probleme zu lösen.

Aber auch die technischen Probleme haben eine Leitidee im Hintergrund. Denken wir an die Eigenkapitalbasis. Man kann sagen: Banken brauchen einfach eine größere Eigenkapitalbasis, also machen wir das.

Die Gesellschaft braucht Gemeinwohlorientierung, aber genauso die Verantwortung der verschiedenen Akteure.

Aber dahinter steckt doch die Idee: Wir müssen nachhaltiger denken, wir wollen von der Kurzfristigkeit weg. Es werden also Prioritäten gesetzt. Und deswegen ist es durchaus wichtig, diese Grundsatzfragen zu stellen.

Auch um die technischen Fragen, also die politischen Tagesfragen, zu lösen, braucht man diese ordnende Leitidee der Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft.

Lassen Sie mich etwas zum Thema Eigenverantwortung sagen und zunächst eine Antwort auf die Ausgangsfrage geben: „Eigenverantwortung und Solidarität – was braucht die Gesellschaft?“ Sie braucht die solidarische Orientierung, bei der alle mit im Boot bleiben – die Gemeinwohlorientierung. Aber sie braucht natürlich genauso Verantwortung auf den unterschiedlichen Ebenen sowie bei den unterschiedlichen Akteuren. Verantwortungsbewusstsein, verantwortete Freiheit, so könnten wir sagen. Das ist ein großes Wort.

Und auch da muss ich sagen: In einer modernen Gesellschaft ist es komplizierter, von Verantwortung zu reden. Der Ruf nach Verantwortung kann nämlich dazu führen, dass es zu einer Erosion der Verantwortungsbereitschaft kommt, weil jeder für alles verantwortlich ist. Man muss die Verantwortlichkeiten

Der Ruf nach Verantwortung darf nicht dazu führen, dass jeder für alles verantwortlich ist.

in einer modernen Gesellschaft klären. Was ist die politische Verantwortung? Was ist die Verantwortung von Verbänden? Was ist die Verantwortung der Medien? Des Einzelnen? Ohne jedoch ein generelles Verantwortungspathos aufzurichten, das im Grunde dazu führt, dass dann keiner mehr verantwortlich ist.

Wir haben, zusammen mit der Evangelischen Kirche, vor einigen Jahren den Text „Demokratie braucht Tugenden“ verfasst. Uns war im gemeinsamen ökumenischen Gespräch aufgefallen, dass die Institutionen die Verantwortungsbereitschaft, die Orientierung des Einzelnen auf das Gute hin als Handlungsbasis brauchen. Die Institution als solche kann das nicht leisten. Und genau das haben wir ja eben gehört: die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns. Nur muss gut überlegt werden, wie das umzusetzen ist.

Ich kann das hier nur sehr allgemein sagen: Es reicht nicht, generell nach mehr Verantwortung zu rufen, sondern wir sollten dann auch genauer hinschauen: Wer trägt Verantwortung wofür? Wie können wir Verantwortung zuweisen? Und dabei gilt selbstverständlich: Die Treppe wird von oben gekehrt. Natürlich ist ein Chef, eine Führungskraft, für mehr verantwortlich. Ich selbst habe das schon lange vor meiner Bischofszeit in Seminaren mit Führungskräften erarbeitet: Unsere Führungskräfte sollen Vorbilder sein. Das gilt für Banken, das gilt für die Politik, das gilt für die Kirche.

*Natürlich ist ein Chef,
eine Führungskraft,
für mehr verantwortlich.*

Nun können vorbildliche Führungskräfte nicht etwa die Institutionen ersetzen. Und wenn wir jetzt über Vertrauen sprechen, dann betrifft dies auch das Vertrauen in die Institutionen. Das ist weitgehend intakt, hoffentlich bleibt es so. Wir haben aber durchaus eine Systemdebatte;

wenigstens in den Feuilletons und Wirtschaftsteilen der Zeitungen ist sie zum Teil schon angekommen. Es wird das Vertrauen ins System in Frage gestellt. Und dieses Vertrauen ist immer gekoppelt an Personen, die für eine Institution stehen.

Gefragt sind Führungskräfte einer Bank, einer Partei, die verantwortlich handeln. Die sagen – wie es der Bundespräsident in seiner Berliner Rede formuliert hat: Das tut man nicht. Das tun wir nicht. Bei uns kommt das nicht vor, auch wenn es etwas ist, was gesetzlich möglich ist. Nur das zu tun als Politiker, als wirtschaftlicher Akteur, was gesetzlich nicht verboten ist, das halte ich für eine Minimaethik. Wer so handelt, kann nicht behaupten, schon ein moralisches Subjekt zu sein.

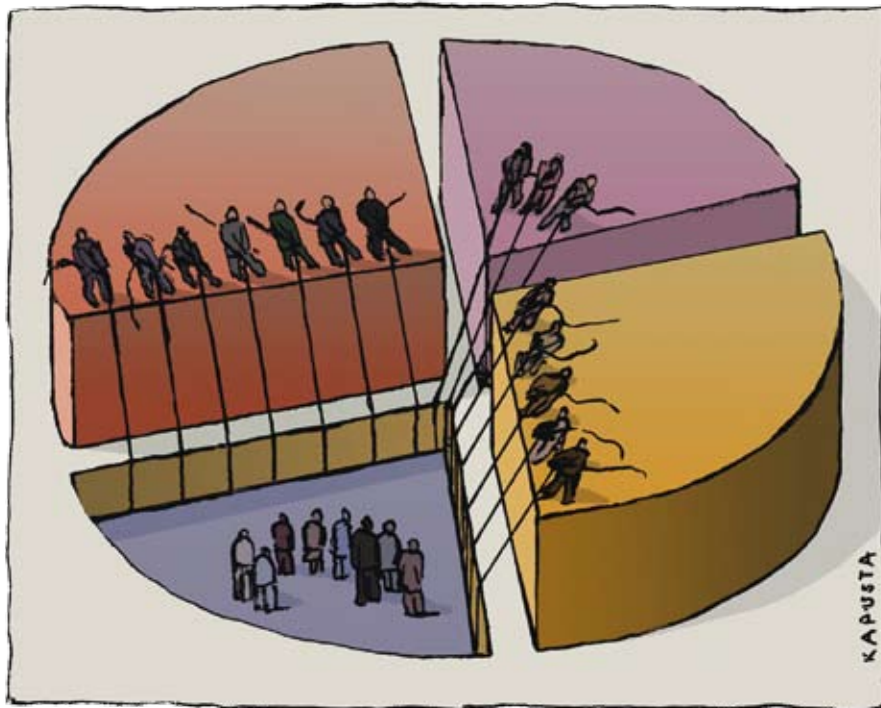
Man ist noch kein moralisches Subjekt, wenn man nur das tut, was nicht verboten ist. Darüber müssen wir hinausdenken, jedenfalls dann, wenn wir Schlüsselpersonen in der Gesellschaft sein wollen. Und

Man ist noch kein moralisches Subjekt, wenn man nur das tut, was nicht verboten ist. da, so denke ich, haben alle diejenigen eine besondere Verantwortung, die in den Medien, in den Verbänden, in der Wirtschaft, in der Kirche, in der Politik Stellung be-

ziehen, Führung wahrnehmen, Leitideen verkörpern. Institutionen sind wichtig, aber auch Personen. Die Verantwortung von Personen ist nicht einfach abzutreten an Institutionen, wie manche gemeint haben.

Um es zusammenzufassen: Gerade jetzt, glaube ich, kann sich zeigen, ob sich unsere moderne, anspruchsvolle Gesellschaft bewährt. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind anspruchsvolle Systeme. Sie gehen auch davon aus, dass nicht jeder ein moralisch einwandfrei handelnder Mensch sein muss. Sie gehen von den Fehlern der Menschen aus, von den Sünden der Menschen. Gerade die Kirche hat ein realis-

*Solidarität und Gemeinwohl sind notwendig
in einer modernen Gesellschaft.
(Reinhard Marx)*



tisches Menschenbild, und zwar ein positives, kein negatives. Aber das ist eine Herausforderung. Und so führt uns diese komplizierte Struktur hoffentlich dazu, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft neu zu festigen und auf eine andere Stufe zu heben.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein offenes System. Sie ist keine Schublade, die ich aufmache, und alles liegt fertig darin. Vielmehr gibt es

Wir müssen diese Krise als Chance für eine gestaltete Globalisierung begreifen. Leitideen, die sich immer wieder neu bewähren müssen. Aber wenn wir das nicht schaffen, wenn diese Krise nicht zu einer Herausforderung wird, die wir wirklich in ihrer Tiefe begreifen, dann sehe ich die Chance vertan, am Anfang des 21. Jahrhunderts wirklich eine gestaltete Globalisierung zu erreichen.

Wir müssen – und da bin ich als Christ auch wirklich zuversichtlich, dass es gelingt – mit Optimismus in die Zukunft hineingehen, mit einem positiven Leitbild und auch mit der klaren Erkenntnis, wie Sie es gesagt haben, Herr Weber: „Wir können das schaffen.“ Damit können wir dieser Krise auch etwas Positives abgewinnen. Wenn in 50 Jahren diejenigen von uns, die dann noch leben, zurückblicken, werden sie vielleicht sagen: „Das war ein solcher Schock, es hat die Leute so ergriffen, dass sie gesagt haben, ‚aus dieser Krise lernen wir‘.“ Dann könnte bei alledem, was in diesem und im nächsten Jahr noch auf uns zukommt – ich sehe das auch mit großer Sorge –, wenigstens erreicht sein, dass wir diese Krise als Chance verstanden haben. Danke schön, meine Damen und Herren.

Diskussion

Koordiniertes Handeln erforderlich

Prof. Sigmund Gottlieb: Meine Damen und Herren: Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Vertrauenskrise, Demokratiekrisis? Nein, ich glaube, diese Assoziationskette ist falsch. Wir haben – wenigstens bisher – keine Vertrauenskrise und wir haben erst recht keine Demokratiekrisis. Dennoch, es wurde ja schon angesprochen: Wir haben uns mit einer Reihe von düsteren und düstersten Szenarien auseinanderzusetzen. Wir haben eine massive Rezession und diese massive Rezession wird zu steigender Arbeitslosigkeit führen, das ist keine Frage. Und keiner von uns hier im Raum, auch keiner von uns hier auf dem Podium weiß, was noch kommen wird. Das gehört zum Befund der Wahrheit. In dieser Situation fahren jene, die jetzt Verantwortung tragen, natürlicherweise nur „auf Sicht“ und versuchen, das Notwendige zu tun.

Vor der Therapie steht der Befund, den Sie, meine Herren, schon geliefert haben. Sie aber noch nicht, Herr Friedhofen, *Wir haben bisher keine Vertrauenskrise und erst recht keine Demokratiekrisis.* Chef des Bayerischen Bankenverbandes und Vorstand der HypoVereinsbank. Herr Friedhofen, ich habe nachgelesen, Sie haben gesagt, die Bedingungen für die Banken hätten sich massiv verändert. Und dann haben Sie zu einem Bild aus der Automobilwelt gegriffen: Die Banken müssten das Aussehen ihrer Fahrzeuge verändern, und sie müssten ihr Fahrverhalten massiv verändern. Was haben Sie eigentlich damit gemeint und was müssen wir tun, damit wir nicht aus der Kurve getragen werden? Was müssen Sie und Ihr Haus tun, damit Sie nicht aus der Kurve getragen werden?



*Rolf Friedhofen,
Vorstandsvorsitzender des
Bayerischen Bankenverbandes
und Mitglied des Vorstandes
der HypoVereinsbank*

Rolf Friedhofen: Das war eines von mehreren Bildern, die ich benutzt habe. Ich habe auch gesagt: Die Bankenaufsicht ist so etwas wie die FIFA beim Fußball. Wir sind die Spieler auf diesem Feld, aber die Regeln macht die Aufsicht, die Finanz-FIFA sozusagen. Und diese Finanz-FIFA muss entsprechende Regeln aufsetzen, was Tor, was Aus, was Abseits und so weiter angeht. Das gilt für das Autofahren genauso. Und zugleich sind es die Leitplanken, die der Herr Staatsminister angesprochen hat. Wir brauchen gewisse Leitplanken, die bislang zum Teil nicht vorhanden waren.

Die Bankenaufsicht muss aus meiner Sicht nicht noch mehr quantitativ, sondern eher qualitativ intelligenter regulieren. Das ist kein Vorwurf gegen die Aufsicht per se. Insbesondere mit Basel II hat sie sehr viel bewirkt, abgesehen von den prozyklischen Effekten, die der Herr Staatsminister angesprochen hat.

Prof. Sigmund Gottlieb: Wer ist so intelligent?

Die Bankenaufsicht muss nicht mehr, sondern intelligenter regulieren.

Rolf Friedhofen: Ich würde sagen, keine nationale Aufsicht ist intelligent genug, um das internationale Bankensystem entsprechend zu steuern. Deshalb gibt es ja die Bemühungen einer internationalen Koordination und Harmonisierung in der Bankenaufsicht. Es wird auf absehbare Zeit keine einheitliche Weltaufsicht geben, aber es gibt Tendenzen, die Zusammenarbeit enger zu gestalten. Und ich sehe dafür unser Haus UniCredit als Beispiel. Wir haben Aufseher aus insgesamt 23 Ländern. Und die Aufseher der vier

großen Länder, Italien, Deutschland, Österreich und Polen, arbeiten sehr eng zusammen. Sie stimmen sich ab. Es ist für mich ein sehr positives Zeichen, dass diese Krise zumindest schon mal die Bankenaufsicht zusammenführt.

Prof. Sigmund Gottlieb: Ist Ihr Haus systemrelevant, Herr Friedhofen?

Rolf Friedhofen: Definitiv ja, und das ist ein gutes Stichwort, Herr Gottlieb. Der Begriff „systemrelevant“ wird ja mittlerweile von der Politik – Sie verzeihen mir, Herr Fahrenschon – für jedes Unternehmen in Anspruch genommen. Aber es stimmt, alle großen Banken in Deutschland sind systemrelevant, weil die Verflechtung zwischen den Banken zu groß geworden ist. Und das ist ein Problem, das wir am Ende dieser Krise irgendwie auch in den Griff bekommen müssen. Denn eigentlich müssen auch Banken in die Insolvenz gehen können, wie jedes andere normale Unternehmen in einer Sozialen Marktwirtschaft. *Alle großen Banken in Deutschland sind systemrelevant.*

Aber in der jetzigen Phase ist die Verflechtung untereinander so groß, dass es der Super-GAU wäre, wenn eine dieser großen Banken in Deutschland, ob jetzt im privaten oder auch im öffentlichen Sektor, Insolvenz anmeldete. Es würde einen Domino-Effekt auslösen, den wir nicht mehr in den Griff bekämen. Und der Feldversuch der Amerikaner am 15. September 2008 mit Lehman Brothers war für mich wie eine Operation am offenen Herzen, bei der der Chirurg sagt: Stellen wir mal probierhalber die Herz-Lungen-Maschine ab und schauen wir, ob der Patient überlebt. Der Versuch hat nicht funktioniert.

Prof. Sigmund Gottlieb: Darauf kommen wir gleich noch einmal zu sprechen. Herr Erzbischof: Eigentlich sind Sie ja doch der Krisengewinnler. Eigentlich sind doch die Kirchen die Krisengewinnler, denn schon seit vielen Jahrzehnten gab es ja im Grunde nicht diese Bereitschaft, für christliche Werte und Grundhaltungen in der Gesellschaft einzutreten. Seit vielen Jahrzehnten waren Sie doch nicht so gefragt wie jetzt. Oder schätze ich das falsch ein?

Dr. Reinhard Marx: Dieser Entwicklung liegt wohl eine Art Wellenbewegung zugrunde. Ich bin ja in meiner Biographie etwas enger mit der Katholischen Soziallehre, mit wirtschaftlichen, sozialen Problemen beschäftigt gewesen und habe im Prinzip nie gesehen, dass nun

Es hieß, die Katholische Soziallehre sei etwas Vergangenes. Heute zähle der Wettbewerb, die Märkte.

seitens der Wirtschaftsunternehmen oder Parteien gar kein Interesse vorhanden war, mit uns zu sprechen. Es ist natürlich in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung eingetreten – nicht erst mit der Krise, sondern vielleicht

schon seit der Wende 1989/90 –, bei der man den Eindruck gewinnt, es setze sich ein primitiver Kapitalismus durch. Da wollte man nicht immer so genau hören, was wir zu sagen haben.

Wir haben ja zusammen mit der Evangelischen Kirche 1997 einen Text verfasst, für den wir sehr viel Kritik bekommen haben, nach dem Motto: Ihr seid nicht mehr so ganz auf der Höhe der Zeit. Es ist jetzt eine andere Wirklichkeit. Das, was ihr unter Katholischer Soziallehre oder christlicher Sozialethik versteht, ist etwas Vergangenes. Heute zählt der Wettbewerb, heute zählen die Märkte. Ich vereinfache das jetzt sehr, aber wenn ich langfristig schaue, ist es eine Wellenbewegung des Interesses. Wir können wirklich sagen, gerade in Deutschland haben die beiden

Kirchen zu dem, was Soziale Marktwirtschaft ausmacht, viele Überlegungen beigetragen. Aber wir sind keine Krisengewinnler. Ich möchte ja nicht dann, wenn es den Leuten schlecht geht, sagen: Na, jetzt hat die Kirche also doch recht behalten.

Zu dem, was Soziale Marktwirtschaft ausmacht, haben beide Kirchen vieles beigetragen.

Prof. Sigmund Gottlieb: Wie ist denn das, Herr Erzbischof, wächst in der Krise eigentlich die Solidarität unter den Menschen oder nimmt sie nicht eher sogar ab?

Dr. Reinhard Marx: Das ist unterschiedlich, das kann man so nicht sagen. Also, die Menschen sind sehr verschieden und die Wirkungen der Krise zeigen sich auch noch gar nicht bei allen in gleicher Weise. Insofern kann eine Solidarisierung nicht so leicht erfolgen. Ich vergleiche das mit der Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit, die wir ja immer noch haben, die jetzt in den letzten ein, zwei Jahren zurückgegangen ist, aber davor eben sehr hoch war mit fünf Millionen. Damit habe ich mich sehr beschäftigt. Da gab es beispielsweise immer wieder einmal die Idee, eine Partei der Arbeitslosen zu gründen. Das funktioniert nicht, weil die Interessen dann doch sehr unterschiedlich sind. Eher würde ich sagen: Wenn die Krise sich auswächst, dann könnte es wieder passieren, dass manche Gruppen, gerade die, die besonders schwach sind, einfach ausgeklint werden.

Das ist überhaupt meine Hauptsorge in der Krise, dass Menschen, die sowieso schon Schwierigkeiten haben, sich in der Gesellschaft zu behaupten, jetzt natürlich ganz besonders schwer betroffen sind – und zwar weltweit. Wir dürfen nicht vergessen: Wegen dieser Krise, über die wir hier reden, verhungern Menschen. Das ist eine weltweite Krise. Wir

Menschen, die sowieso schon Schwierigkeiten haben, sind jetzt natürlich ganz besonders schwer betroffen.

haben es ja eben gehört. Da gibt es keine Ausweichländer. Und viele Bereiche der Welt – denken Sie an Osteuropa und an Afrika – befinden sich in einer anderen Situation als wir, die wir noch Absicherungen haben. Das sollte man nicht vergessen, wenn man über diese Krise redet.

Starke Banken als Standortfaktor

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Minister, Bayerns Stärken, von denen Sie vorhin gesprochen haben, die könnten sich natürlich bei dieser Argumentation ebenso in Schwächen verwandeln. Wir haben die Automobilindustrie, wir haben den Maschinenbau, wir haben die Elektroindustrie. Das sind alles sehr stark exportabhängige Industriezweige. 50 Prozent der bayerischen Produktion gehen in den Export. So stabil ist Bayern also auch nicht. Damit müssen Sie sich doch beschäftigen in dieser Krisenzeit?

Georg Fahrenschon: Wie können wir verhindern, dass die Schäden so weit in die Substanz hineingehen, dass wir tatsächlich auch *Wir müssen verhindern, dass Schäden an der Substanz entstehen.* substanziiell leiden? Das ist eine Frage, der wir uns angesichts der von Ihnen beschriebenen Unwucht stellen müssen. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind die Länder, die am stärksten exportorientiert sind und die auch am stärksten die Ländergemeinschaft über den Länderfinanzausgleich tragen.

Umso wichtiger ist, dass wir jetzt in der Krise mit den richtigen Maßnahmen Schäden an der Substanz verhindern, und umso engagierter bringt sich auch Bayern in die Berliner Debatte ein. Ich will schon darauf

hinweisen, dass wir uns dort durch die Maßnahmen, die wir seit Beginn des Jahres ergriffen haben, angefangen beim bayerischen Mittelstandsschirm, der Blaupause für den Bürgschaftsschirm der KfW, erfolgreich durchsetzen konnten. Die Tatsache, dass die Wirtschaftsforschungsinstitute sagen, in Deutschland ist es gelungen, anders als in den europäischen Mitgliedstaaten, den privaten Konsum zu stabilisieren, führen wir auch mit auf die Maßnahmen zurück, die in München entwickelt wurden.

Prof. Sigmund Gottlieb: Können Sie uns vielleicht vorsichtig andeuten, ob der Bankenplatz Bayern irgendwelche Überraschungen für uns bereithält, von denen wir noch nichts wissen?

Georg Fahrenschon: Für den Bankenplatz Bayern gilt dasselbe wie für den Bankenplatz Frankfurt oder den Bankenplatz Europa: Niemand kann momentan sagen, was passiert, wenn noch einmal so eine dramatische Fehlentscheidung wie in den Vereinigten Staaten zugelassen wird. Also, man muss schon einmal daran erinnern, dass am selben Wochenende, an dem die Vereinigten Staaten aus durchaus nachvollziehbaren Gründen den weltgrößten Rückversicherer staatlich gestützt haben, sie Lehman Brothers fallen ließen – quasi als Gegengewicht, um den Märkten zu signalisieren, dass nicht jeder mit Hilfe und Stabilisierungsmaßnahmen rechnen kann. Und mein dezidierter Vorwurf ist, dass das eine Fehlentscheidung historischen Ausmaßes war.

Und umso wichtiger ist natürlich jetzt, dass wir gemeinsam so einen zweiten Fall nicht zulassen. Ich will daran erinnern, es hat einen Sonntag im Oktober 2008 gegeben, an dem zur Überraschung aller die

Bundeskanzlerin vor die Medien trat und sagte: Die Politik steht für die Sicherheit der Einlagen ein. Und das war eine notwendige Maßnahme. Wir nehmen heute zur Kenntnis: Einen Gesetzentwurf hat es nach der Ankündigung nicht gegeben, aber allein die Nachricht, das klare Signal, war von entscheidender Bedeutung.

Für die Sicherheit der Einlagen einzustehen, war ein entscheidendes Signal der Politik.

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Professor Weber, Ihre Zunft hat es im Augenblick nicht leicht. Banker sind zu Buhmännern geworden, zum Teil auch gemacht worden. Dazu gehört auch Josef Ackermann. Er muss sich ja mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass 25 Prozent Eigenkapitalrendite etwas Unanständiges sein könnten. Diese Vorwürfe haben ihm auch prominente bayerische Politiker gemacht, die heute nicht mehr im Amt sind. Also, sind 25 Prozent Eigenkapitalrendite unanständig?

Prof. Dr. Manfred Weber: Darin sehe ich nichts Unanständiges. Ich will das natürlich auch begründen, weil sonst meine Antwort vielleicht falsch verstanden wird. Zunächst einmal müssen wir aufpassen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wir reden hier über die Eigenkapitalrendite von Banken. Und wenn ich dann die Rendite oder ein Renditeziel beurteilen will, muss ich mir anschauen, welches Geschäftsmodell dahinter steht. Nicht für jedes Geschäft brauche ich gleich viel Eigenkapital. Denken Sie an Vermögensverwaltung, denken Sie an bestimmte Bereiche im Investment Banking, die Sie nicht so stark mit Eigenkapital unterlegen müssen. Man darf also, um es einfacher auszudrücken, nicht die Vorstellung haben, wir verdienen mit einem Ratenkredit 25 Prozent oder dergleichen. Darüber hinaus muss man sehen – Stichwort Äpfel und Birnen: Die Eigenkapitalrendite und Umsatzrendite nicht miteinander vergleichen.

talrendite von Banken wird hier verglichen mit Umsatzrenditen bei produzierenden Unternehmen. Auch das passt natürlich nicht.

Prof. Sigmund Gottlieb: Müssten Sie das, Herr Weber, was Sie da eben beschreiben, nicht vielleicht noch besser kommunizieren, damit die Menschen es begreifen?

Prof. Dr. Manfred Weber: Wir tun das ja, aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen – und dies gehört, ohne hier Medienschelte betreiben zu wollen, zur nüchternen Analyse mit dazu: Es gibt Nachrichten, die im Moment nicht gerne gehört werden, worüber auch nicht so gern geschrieben und berichtet wird. Es macht sich viel besser, immer wieder „25 Prozent“ zu kritisieren. Ich bin heilfroh, dass die größte deutsche Bank aus eigener Kraft steht und bis heute keine staatliche Unterstützung benötigt. Und ich bin fest davon überzeugt, dass wir in Zukunft wieder mehr Banken haben müssen, die in der Lage sind, deutsche Unternehmen auf die Weltmärkte zu begleiten, insbesondere auch den deutschen Mittelstand. Das werden wir als international verflochtene, stark exportorientierte Volkswirtschaft auch dringend brauchen. Stattdessen führen wir nun aber solche Scheindiskussionen.

Wir brauchen Banken, die in der Lage sind, deutsche Unternehmen auf die Weltmärkte zu begleiten.

Lassen Sie mich noch eines ergänzen: Wenn ich Eigenkapitalrenditen im deutschen Mittelstand errechne, dann komme ich bei vielen Mittelständlern auf Größenordnungen von 35 bis 40 Prozent. Im Übrigen will ich sagen, es wird nicht mehr so leicht werden, sie zu erreichen, weil Märkte weggebrochen sind, weil wir diese tiefe Rezession haben. Weil wir schon froh sein müssen, wenn wir zunächst erst einmal den Boden erreichen, bevor

Da manche Ertragschancen so nicht mehr gegeben sind, wird mehr Bescheidenheit einkehren müssen.

es dann langsam wieder aufwärts geht. Tatsache ist, dass manche Ertragschancen so nicht mehr gegeben sind, und daher wird auch hier wieder mehr Bescheidenheit einkehren müssen.

Prof. Sigmund Gottlieb: Welche Rolle sollte Investment Banking künftig in der deutschen Bankenlandschaft spielen?

Prof. Dr. Manfred Weber: Auch die deutsche Wirtschaft, auch die deutschen Mittelständler brauchen die Leistungen des Investment Banking – gar kein Zweifel. Wir können nicht in die Steinzeit des Banking zurückkehren und meinen, dass mit dem Einlagen- und Kreditgeschäft das Bankgeschäft abgewickelt sei. Richtig ist: Es hat Übersteigerungen

Was wir gewiss nicht mehr brauchen, ist die Verbriefung der Verbriefung der Verbriefung.

gegeben, zu wenig Transparenz, zu komplexe Produkte, ich habe es bereits angesprochen. Aber wir brauchen beispielsweise auch künftig Verbriefungen, um Risiken gut verteilen zu können, um unsere Fähigkeit, Kredite zu vergeben, aufrechtzuerhalten. Was wir gewiss nicht mehr brauchen, ist die Verbriefung der Verbriefung der Verbriefung, deren Risiko wir dann nicht mehr richtig erkennen und nicht mehr richtig managen können.

Prof. Sigmund Gottlieb: Wie kann es gelingen, dass sich die Banken untereinander künftig wieder mehr vertrauen und sich somit gegenseitig auch wieder das Geld leihen, das so dringend notwendig ist? Was muss getan werden?

Prof. Dr. Manfred Weber: Man muss Klarheit darüber haben, welche Risiken noch in den Bankbüchern, in den Bankbilanzen stecken. Herr Fahrenschon hat es angesprochen. Wir unterliegen internationalen Bilanzierungsstandards. Eine Bedingung ist, dass wir die Bilanzwerte immer zu einem Stichtag bewerten müssen. Wenn sich nach diesem Stich-

tag neue schlechte Marktentwicklungen ergeben, produzieren wir neue schlechte Nachrichten, haben neuen Wertberichtigungsbedarf. Das trägt uns in der Öffentlichkeit oft den Vorwurf ein, wir würden einer Art Salami-Taktik folgen: Wir hätten nicht gezeigt, was wir noch an schlimmen Dingen in den Büchern haben. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Es liegt wie gesagt daran, dass man bestimmten Standards folgen muss, die rechtlich vorgegeben sind.

Wiederholte Wertberichtigungen sind keine Salami-Taktik, sondern internationalen Bilanzierungsstandards geschuldet.

Hier muss – auch und vor allem politisch – gehandelt werden, damit wir nicht in eine Art Negativspirale geraten, die dazu führt, dass das Eigenkapital der Banken weiter aufgezehrt wird und wir letztlich das bekommen, was wir bis heute in Deutschland nicht haben, nämlich eine allgemeine Kreditklemme wie in England, in den USA. Dann würden wir noch mehr Effekte des negativen Zusammenspiels zwischen Finanzmarktkrise einerseits und Wirtschaftskrise andererseits bekommen. Darauf muss man also achten.

Ich meine, die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank spielen hier eine sehr, sehr positive Rolle. Die kürzeren Fristen am Geldmarkt werden unter den Banken wieder bedient, aber wir haben noch Probleme mit langfristigen Krediten. Und ich verstehe jeden Mittelständler, der in dieser schwierigen Situation bei ungewissen Zukunftsaussichten sagt, ich möchte mich jetzt gerne mal auf fünf, sechs Jahre durchfinanzieren, um von daher auf der sicheren Seite zu sein. Aber das ist etwas, bei dem sich derzeit jede Bank schwertun wird, weil sie selbst nicht genügend langfristige Einlagen hat, mit denen sie das bewerkstelligen könnte.

Die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank spielen in der Krise eine sehr positive Rolle.

Auch große institutionelle Anleger investieren zurzeit eher in Bundesanleihen, als dass sie Geld langfristig bei Banken anlegen. Hier gilt es anzusetzen.

Die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Erzbischof, wir sind beim Begriff des Vertrauens angekommen. Das ist unser aller Thema, aber es ist in besonderer Weise Ihr Thema. Und damit sieht es ja, das muss man sagen, gar nicht einmal so schlecht aus in diesem Lande. Man hätte es nicht für möglich gehalten: Die Menschen reagieren erstaunlich besonnen und gelassen auf diese Krise. Politik gewinnt Vertrauen zurück.

Das anzuerkennen fällt manchen Medienmenschen nicht leicht, aber es ist so. Das hat Auswirkungen auf die politische Landschaft insgesamt. Es ist eine Entwicklung, die uns, mit Blick auf unsere deutsche Befindlichkeit, ziemlich überrascht. Zumindest mich hat sie schon sehr überrascht. Halten Sie dieses Verhalten der Bevölkerung für etwas Nachhaltiges, oder ist die Krise nur noch nicht in den Hirnen und Herzen der Menschen angekommen?

Schon zwei Generationen haben erlebt, dass unser Gemeinwesen auch in Krisen funktioniert.

Dr. Reinhard Marx: In diesem Jahr feiern wir 60 Jahre Grundgesetz. Das heißt, wir haben schon zwei Generationen, die bei allen Krisen, die es immer wieder gibt, erlebt haben, dass das Gemeinwesen grundsätzlich funktioniert. Das darf man, glaube ich, nicht vergessen. Andererseits haben manche jüngere Leute noch nie eine Krise erlebt, deren Aus-

maß noch nicht ganz abzusehen ist. Das heißt: Man muss erst einmal abwarten.

Ich bin bei Umfragen immer so ein bisschen skeptisch. Ich kenne das ja auch aus dem kirchlichen Bereich: Die Kirche insgesamt sieht man kritisch, aber die eigene Gemeinde findet man toll. Da muss man immer genau hinschauen, was das im Einzelnen bedeutet. Zunächst gebe ich Ihnen daher Recht, sage aber zugleich, dass wir daran arbeiten müssen.

Noch einmal: Eine moderne Gesellschaft ist ein kompliziertes Verfahren und man versucht es natürlich zu vereinfachen. Die Medien wurden in diesem Zusammenhang gerade genannt. Aber *Klare Signale sind wichtig.* auch die Politik braucht Vereinfachung. Wir werden das *Symbolpolitik im positiven Sinn gehört dazu.* im Wahlkampf erleben. Und da müssen wir sehr aufpassen. Trotzdem ist es wichtig, klare Signale zu setzen. Symbolische Politik gehört dazu, und zwar im positiven Sinne: nicht Schau machen, sondern zeigen, wo man wirklich steht, und dafür auch einstehen.

Aber wenn ich dann diese Vertrauensfrage in Richtung der Banken stelle, wenn ich mir genauer anschau, wie das alles gekommen ist, dann stockt mir schon der Atem: Wie viele vernünftige, intelligente Professoren, Institute und Ökonomen, wie viele hoch *Warum hat uns keiner der bezahlte Rating-Agenturen gab es da! Und die BaFin! Experten vor dem gewarnt, Aber es hat sich keiner gefunden, der rechtzeitig vor was auf uns zukam?* dem gewarnt hätte, was auf uns zukam! Das ist zunächst kein moralischer Vorwurf, denn dazu müsste ich ja einem Einzelnen nachweisen, dass er aus eigener moralischer Schwäche gehandelt hat. Da muss ich als Priester vorsichtig sein.

Aber man ist doch erschrocken und deswegen bin ich zumindest nicht ganz sicher, ob bei den Leuten das nötige Verantwortungsbewusstsein vorhanden ist. Da hat der Bundespräsident wohl Recht mit seiner diesbezüglichen Forderung. Sie haben das vorhin sehr schön deutlich gemacht, als Sie beschrieben, wie diese Krise ihren Anfang nahm und welche Fehler da gemacht wurden. Also, ich muss wirklich sagen, wenn ich diese Entwicklung noch einmal nachvollziehe, kann ich nicht begreifen, wie es dazu kommen konnte!

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Friedhofen, darf ich diesen Gedanken an Sie weitergeben? Können wir eigentlich den Rettungsschirm für die Banken jetzt wieder zusammenklappen, weil keiner mehr drunter möchte? Und möchten so wenige drunter, weil man sich dann über die Gehälter Gedanken machen müsste, die, wenn man nicht druntergeht, anders strukturiert werden können? Das ist die eine Frage; ich möchte sie verbinden mit einer zweiten: Haben Sie die Sorge, dass der Staat, wenn er in den Banken einmal drin ist, nicht mehr raus will, weil es so schön ist?

Rolf Friedhofen: Ich fange mit der zweiten Frage an – ich glaube, es war notwendig, dass der Staat rasch und konsequent gehandelt hat. Zum einen, indem er diesen Rettungsschirm aufgespannt hat. Zum anderen, indem er, um eine Systemkrise zu verhindern, rechtzeitig in verschiedene Banken reingegangen ist. Damit hat er als „letztinstanzlicher Vertrauens-Kreditgeber“ agiert und jenes Vertrauen, das er selbst genießt, auf die Banken zu übertragen versucht. Mit anderen Worten hat der Staat damit – ähnlich wie Frau Merkel in ihrer Rede – quasi die Garantie über

die Einlagen abgegeben. Ich glaube, es war hilfreich, notwendig und ist auch zum richtigen Zeitpunkt geschehen.

Aber der Staat kann aus meiner Sicht nicht auf Dauer in den Banken drin bleiben. Er sollte sich auf Dauer auch grundsätzlich nicht an Unternehmen beteiligen, solange wir eine Soziale Marktwirtschaft haben.

Abgesehen davon, dass der Staat teils in Gestalt von Landesregierungen ja auch zuvor schon in einigen Banken drin war. Und ich kann nicht erkennen, dass diese vom Bund oder von Ländern kontrollierten Banken besser

Der Staat soll die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen, aber nicht den Unternehmer spielen.

gewirtschaftet hätten als die privaten Banken. Also, von daher glaube ich, dass der Staat sich auf das beschränken soll, was er kann. Er soll die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen, aber nicht den Unternehmer spielen.

Und was den Rettungsschirm angeht: Der sollte im Augenblick noch nicht geschlossen werden. Es kommt natürlich darauf an, was mit der Bad Bank passiert, wenn die diesbezügliche Vorlage ins Kabinett kommt. Dass Banker aus der Sicht der Öffentlichkeit die 500.000-Euro-Grenze vor Augen hätten, wenn sie die Entscheidung überdenken, unter den Rettungsschirm zu gehen oder nicht, das ist – wenn Sie gestatten, Herr Gottlieb – auch das Resultat einer gewissen Pauschalierung seitens der Medien.

Ich glaube, kein Geschäftsleiter einer Bank würde aus diesem Grund in Kauf nehmen, dass seine Bank vielleicht in die Insolvenz geht. Denn dann würde er noch nicht einmal mehr 500.000 Euro bekommen, sondern gar nichts mehr.

Rettungsschirme sind notwendig, solange der Staat an den Banken beteiligt ist.

Und das weiß er. Also, das ist eine rationale für mich nicht nachvollzieh-

bare Logik, die da manchmal in der Presse ausgebreitet wird. Dennoch ist der Rettungsschirm oder sind die Rettungsschirme – genau genommen sind es ja drei – notwendig, solange wir nicht wissen, wie es mit der Bad Bank weitergeht, und auch solange der Staat in verschiedenen Banken drin ist.

Dr. Reinhard Marx: Darf ich dazu eine Bemerkung machen? So einfach ist das nicht mit dem Staat und der Wirtschaft. Was ist Sache des Staates? Was ist Sache der Wirtschaft? Wenn Sie sich – da müssen die Politiker mir helfen – einmal überlegen, wie Rahmen und Regeln zustande kommen: Da werden Arbeitsgruppen zur Bankenaufsicht gebildet und es werden viele Fachleute aus den Banken dazugebeten. Die Interessen sind sehr vielfältig. Es ist ja nicht so: Hier ist der reine Politiker und da ist der reine Wirtschaftler. Da kommen ja Interessen zum Tragen, die durchgesetzt werden sollen.

Und deswegen ist es sehr, sehr wichtig, dass auch in der Wirtschaft und bei Politikern die Kenntnis vom jeweils anderen Bereich da ist. Das ist nicht so streng voneinander geschieden. Man braucht in beiden Bereichen zunächst eine Grundidee und auch moralische Impulse – sehen

Politik und Wirtschaft brauchen wir uns dazu nur diese Boni-Geschichte an! Natürlich *moralische Impulse.* besteht das Interesse einiger, die jetzt in diesen Arbeitsgruppen sind, möglicherweise darin, dass alles so bleibt, wie es war. Wie kann man derart gemeinsame Regeln finden? Also ich glaube, diese Trennung zwischen Wirtschaft und Staat ist nicht so haarscharf, wie es jetzt geklungen hat.

Rolf Friedhofen: Wenn ich da mal einhaken darf, Herr Erzbischof: Ich könnte jetzt sagen, ich wollte Ihnen eine Steilvorlage geben, aber das

war nicht der Fall. Ich habe mich möglicherweise etwas zu kurz ausgedrückt. Ich habe nur gesagt, der Staat soll nicht als Unternehmer tätig werden.

Dr. Reinhard Marx: Ja, aber für das Entwickeln von Regeln muss er wissen, wie ein Unternehmen funktioniert.

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Professor Weber, wie finden Sie die Regeln, von denen der Herr Erzbischof spricht?

Prof. Dr. Manfred Weber: Damit bin ich eigentlich völlig einverstanden. Es kommt auf das Zusammenwirken aller Beteiligten an. Und Wirtschaft ist keine moral- oder ethikfreie Zone. Eine Stufe vorher noch, könnte man sagen, brauchen wir ein klares ordnungs- *Wirtschaft ist keine moral- und ethikfreie Zone.* politisches Fundament. Das ist in Deutschland ein wenig verloren gegangen. Und, Herr Erzbischof, es soll auch nicht nur in die Richtung gehen, dass der Staat aus der Wirtschaft herausgedrückt werden sollte.

Ich habe mich selbst sehr kritisch gefragt: Hast du auch daran mitgewirkt, warst du auch so ein „Kasino-Kapitalist“, ein „Marktradikaler“? Wenn man es gut mit mir meint, schimpft man mich einen „Neoliberalen“. Da freue ich mich immer besonders. Man hat nämlich vergessen, was für Leute das waren, die Neoliberalen: Rüstow, Eucken, Müller-Armack, die Väter unserer Sozialen Marktwirtschaft. Und ich komme eigentlich zu dem Urteil: Nein, ich war kein Marktradikaler.

Und ich will Ihnen sagen, warum. Ein altes Credo des Bankenverbandes, für den ich seit 17 Jahren arbeite – nennen wir es Interessenvertretung, nennen wir es Politikberatung –, war immer: so viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig. Ein anderer Punkt, ganz praktischer

Art, der jetzt, ausgelöst durch die Finanzmarktkrise, überall oben auf der politischen Agenda steht, ist der: Angesichts der Verflechtung der Märkte brauchen wir eine europäische Aufsicht. Dies ist eine Forderung des Bankenverbandes, die neun Jahre alt ist. Wir haben nur leider viel zu lange keine Unterstützung dafür bekommen.

Das Credo des Bankenverbandes lautet: so viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig.

Seit fünf Jahren finanzieren die Marktteilnehmer die Bankenaufsicht in Deutschland zu 100 Prozent. Vorher kamen zehn Prozent aus dem Bundeshaushalt. Und der Haushaltsausschuss – Herr Fahrenschon kennt das aus alter Tätigkeit – beschäftigte sich damit. Seit die Marktteilnehmer die 100-Prozent-Finanzierung vornehmen, wurde die Aufsicht personell in einem Maße aufgestockt, wie Sie sich das vielleicht nicht vorstellen können.

Mit anderen Worten: Es wäre kurzsichtig zu glauben, ich drückte den Politikern mit falschen Argumenten Interessenstandpunkte in die Gesetze, in die Regeln. Das bewährt sich nicht. Das merkt man vielleicht nicht in der nächsten Woche, aber über kurz oder lang schon. Und ich bräuchte doch nie wieder dort antreten, um meinen Rat abzugeben.

Sprich: Wir sind an guten Regeln interessiert. Und lassen Sie mich auch noch sagen: Es gab vielleicht hier und da eine gewisse Tendenz, den Staat etwas zurückzudrängen, vorrangig aber sicherlich in den angelsächsischen Ländern. Unsere Vorstellung in Deutschland ist das, nach meiner Beobachtung, eigentlich nie gewesen.

Die Wirtschaft ist an guten Regeln interessiert.

Und ich will hinzufügen, es gab auch die umgekehrte Tendenz. Es gibt nicht nur den schwachen Staat. Es gibt genauso den sich übernehmenden Staat, der den Menschen und Bürgern Eigenverantwortung

abnimmt, ihnen damit aber nicht hilft. Es gibt auch den Staat, der die Wirtschaft knebelt mit überzogener Regulierung, mit zu viel Bürokratie. Diese Tendenz haben wir in zurückliegenden Jahren ebenfalls gehabt.

Und deshalb war nicht alles falsch, was wir unter dem Stichwort Deregulierung betrieben haben. Zu Recht steht heute noch auf der Tagesordnung der Bundesregierung das Thema Bürokratieabbau. Also auch hier, glaube ich, muss man genau hinschauen. Das ist ein sehr schmaler Grat, auf dem wir wandern müssen, wenn wir erfolgreich zum Ziel kommen wollen.

Der Staat kann sich auch übernehmen, wenn er den Bürgern Eigenverantwortung abnimmt.

Verantwortungsvolle Krisenbewältigung

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Fahrenschon, könnte es sein, dass eine schwierige Zeit auf uns zukommt? Wir haben die Wahlkampfzeit, der Wahltermin rückt immer näher, und die Diskussion zwischen Politikern und Unternehmern wird dadurch nicht einfacher. Die Verführung für die Politik ist groß, den Schwarzen Peter in Richtung der Unternehmer zu spielen, auch in Richtung der Aktionäre. Die ideologische Komponente ist bei dieser Diskussion, die wir im Augenblick führen, in Ihren Kreisen schon auch sehr ausgeprägt, oder nicht?

Georg Fahrenschon: Aber genau das ist doch jetzt das Wesentliche – ich schließe mich dem Schlussgedanken des Herrn Erzbischof an –, dass nun auch die Chance, die in dieser Krise liegt, zur Sprache kommt. Es geht tatsächlich darum, sich jetzt zu besinnen: Was sind unsere Stärken? Wodurch ist es uns in der Vergangenheit gelungen, eine Gesellschaft zu

schaffen, um die wir nach wie vor weltweit beneidet werden? Wenn sie auch unter Bedingungen geschaffen wurde, die mit den heutigen nicht vergleichbar sind. Und zwar deswegen nicht, weil sie schlimmer waren: Zweiter Weltkrieg, das Land am Boden und zerstört, auseinandergerissene Familien – dramatische Zustände.

Trotzdem hat Deutschland die Kraft gefunden, eine Gesellschaftsordnung zu entwickeln, die sich an einem bestimmten Menschenbild orientiert. Und es ist gelungen – auch über das Verständnis eines breit aufgestellten, inhabergeführten Mittelstands im Kern dieser Gesellschaft – ein Wirtschaftswunder zu schaffen. Dafür werden wir immer noch weltweit beneidet. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns doch jetzt an unserem eigenen positiven Beispiel orientieren und fragen: Was ist von wesentlicher Bedeutung? Das ist doch der Punkt! Diese 500.000-Euro-Diskussion um Vorstandsmitglieder von Banken, die unter den Schirm wollen – das ist eine falsche, typisch deutsche Diskussion!

Deutschland hat unter dramatischen Krisenbedingungen eine weltweit beneidete Gesellschaft aufgebaut.

Wie schon gesagt, ich habe Verständnis dafür, dass man gelegentlich auch Signale braucht. Gerade deshalb ärgert mich auch die Aussage von Josef Ackermann. Die Kommunikation direkt an der kritischen Stelle anzusetzen, rechthaberisch zu sagen: Und ich mache doch 25 Prozent, das hätte er sich einfach sparen können. Es wäre klüger gewesen.

Prof. Dr. Manfred Weber: Er muss die Geschäftszahlen doch publizieren, Herr Fahrenschon.

Georg Fahrenschon: Ja. Und ich will gern hinzufügen, dass 25 Prozent Eigenkapitalrendite auf das deutlich geschmälerete Eigenkapital der Deutschen Bank auch einfacher zu schaffen sind. Aber das steht auf

einem anderen Blatt. Die wesentliche Diskussion ist doch die, mit welchen Leitlinien, welchen Impulsen wir Deutschland voranbringen. Wir müssen jetzt unsere Stärken in den Vordergrund stellen und damit auch unserer Verantwortung gerecht werden.

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa. Wir haben wesentliche Teile des Kontinents wirtschaftlich positiv beeinflusst. Die unabhängige Zentralbank ist eine deutsche Idee, eine Sache, die von Deutschland ausgegangen ist und die von fundamentaler Bedeutung auch in der Zukunft sein wird. Und es gibt viele solcher guten deutschen Beiträge zu einer internationalen Wirtschaftsordnung, wir müssen uns nur auf sie besinnen und ihnen in Europa und in der Welt die nötigen Mehrheiten verschaffen. Das ist unsere Aufgabe.

Es gibt gute deutsche Beiträge zu einer internationalen Wirtschaftsordnung, wir müssen uns nur auf sie besinnen.

Prof. Sigmund Gottlieb: Herr Friedhofen, Helmut Schmidt hat gesagt, sein Gerechtigkeitsempfinden sei durch das, was wir hier erleben, empfindlich gestört und das vieler anderer Menschen auch. Warum glauben Sie, gibt es diese gefühlte Ungerechtigkeit?

Rolf Friedhofen: Das liegt wohl an mehreren Faktoren. Zum einen liegt es daran, dass von den Medien doch sehr stark pauschaliert wird. Genüsslich ziehen sie die Gehaltsexzesse einiger Spitzenbanker, auch einiger Investmentbanker herbei – nicht ausschließlich hier in Deutschland, sondern insbesondere auch in der angelsächsischen Welt. Dabei vergessen sie wohl, dass der weitaus größere Teil der Bankangestellten, auch der Bankmanager, nicht annähernd in diese Gehaltskategorie kommt. Also, da haben wir eine Pauschalierung, die vielleicht auch in Übertreibung mündet.

Die Tätigkeit eines Bankmanagers ist den meisten Menschen relativ fremd.

Zum anderen gibt es da so ein unbewusstes, unbehagliches Gefühl bei den Leuten, weil sie die Tätigkeit eines Bankmanagers sowieso nicht recht verstehen. Weil diese Tätigkeit nichts physisch Produziertes hervorbringt, sondern eben nur Geld bewegt. Das ist eine Welt, die relativ fremd ist für die meisten.

Prof. Sigmund Gottlieb: Ich gebe den Ball mal zurück: Vielleicht ist Ihre Branche aber auch zu zurückhaltend gegenüber der Öffentlichkeit?

Rolf Friedhofen: Ich glaube, die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass erst die Auswüchse, die es in Einzelfällen gegeben hat, zur entscheidenden Steigerung dieses Unbehagens geführt haben. Man versteht nun gar nicht mehr, was die Banken machen.

Wobei man einräumen muss: Zum Teil sind die Banken ja selbst aufs Glatteis geraten. Wenn beispielsweise Finanzmathematiker oder Diplomphysiker irgendwelche dreistöckigen Derivate produziert haben, die dann von der Rating-Agentur ein „Triple A“ bekamen, mit dem die Risikoseite scheinbar geklärt war, dann hatte das nichts mehr mit verant-

Die jüngsten Auswüchse haben entscheidend zum Unbehagen gegen die Banken beigetragen.

wortungsbewusstem Handeln zu tun. Erst recht nicht, wenn dann Bankmitarbeiter den Kunden diese Produkte mit bestem Wissen und Gewissen als risikosicher und mit großer Rendite verkauft haben. Und wenn diese Bankkunden dann feststellen müssen, sie haben sogar ein Riesenrisiko, weil die gekauften Papiere tatsächlich wertmäßig gegen Null gehen, dann entsteht bei ihnen Unmut, der sich auch auf die gesamte Bevölkerung überträgt.

Reaktionen des Publikums

Prof. Sigmund Gottlieb: Meine Damen und Herren im Publikum, auf der Basis der bisherigen Impulse sollen Sie nun die Möglichkeit haben, sich an der Diskussion zu beteiligen. Das ist Sinn dieser Veranstaltung. Wir bitten um Wortmeldung.

Publikumsfrage: Erich Lejeune, Honorarkonsul der Republik Irland. Herr Erzbischof, es steht außer Frage, dass es durch die Krise wahnsinnig viele Verlierer gibt. Wir haben einen unglaublichen Angstzuwachs in unserem Land. Welche Antworten hat die Kirche auf die Ängste der Menschen und vor allen Dingen auf die dramatischen Werteverluste, die eingetreten sind? Wir haben eine Vertrauenskrise, und ich möchte es nicht zu sehr dramatisieren, aber ich glaube, es ist wichtig, dass die Kirche vielleicht auch mit philosophischen Antworten kommt. Entscheidend ist ja auch, dass die Krise den Menschen die Chance gibt, über ihr Leben nachzudenken. Ist es gelungen? Was bedeutet das Leben? Meine Frage an Sie: Was tut die Kirche? Nutzt sie die Chance jetzt für philosophische Argumente? Denn aus meiner Sicht sind die Lebensfragen jetzt angesagt.

Entscheidend ist, dass die Krise den Menschen die Chance gibt, über ihr Leben nachzudenken.

Dr. Reinhard Marx: Philosophisch kann man, glaube ich, nicht so ohne Weiteres darauf antworten. Die Leute müssen es ja auch verstehen. Ich will nicht sagen, dass Philosophie unverständlich wäre, aber man muss es auch vermitteln können. Der Glaube ist ja gelebte Praxis. Man kann ihn nicht nur einfach in der Krise weitergeben. Was die Kirche in ihrer Verkündigung tun kann – und das ist ja in der Vergangenheit auch schon passiert – ist deut-

Der Sinn des Lebens ist mehr als die Orientierung an materiellen Gütern.

lich zu machen: Der Sinn des Lebens muss weiter gefasst werden, als es die Orientierung an materiellen Gütern ist. Das ist sicher etwas, was den Menschen positive Perspektiven gibt. Aber ich scheue mich, jetzt in einer Krisensituation einem Menschen, der arbeitslos geworden ist, einfach nur mit solchen Botschaften zu kommen. Es wäre mir wichtig, auch konkrete Hilfen anzubieten.

Also, man muss beides miteinander verbinden: Auf der einen Seite klar machen, die Predigt des Evangeliums zur Verkündigung dieses Gottes, den wir als Christen und Juden gemeinsam verehren, ist eine positive Botschaft für die Menschen. Der Gott der Bibel, er steht zu den Menschen. Diese positive Nachricht muss sich dann aber bewähren – in

Wir müssen den Menschen in dieser Krise konkrete Hilfsangebote machen.

Gestalt konkreter Hilfsangebote. Wir werden im karitativen Bereich und in den Vereinen tatsächlich auch konkret zeigen müssen, dass wir Menschen begleiten. Und genau dabei müssen wir versuchen, den Menschen auch deutlich zu machen, dass der Lebenssinn, die Lebensperspektive größer ist als das rein Materielle. Aber das in einer konkreten Krisensituation einfach nur so kurz hinzusagen, das glaube ich, reicht nicht.

Publikumsfrage: Roland Pichl, freier Journalist. Das Thema wurde schon mehrfach gestreift, aber noch nicht mit Blick auf meine konkrete Frage: Muss die Politik die Menschen beim Kauf von Finanzprodukten nicht gesetzlich noch mehr schützen?

Georg Fahrenschon: Wir müssen in dieser Sache jetzt gleichzeitig auf verschiedene Weise aktiv werden. Der für mich schwierigste Brief, den ich je zu beantworten hatte, kam von einer jungen Dame. Sie schrieb mir, ich müsse ihr helfen, sie hätte ihr komplettes Vermögen und

das Vermögen ihrer Eltern in der Kaupthing Bank hinterlegt. Zum einen war es schwer, den Brief zu beantworten, weil auch die Bayerische Landesbank in Island engagiert ist.

Zum anderen aber fragte ich mich: Wie kommt die junge Frau dazu, ihr komplettes Vermögen und auch noch das ihrer Eltern wegen eines überschaubaren Zinsvorteils in einer Bank zu hinterlegen, die sie gar nicht kennt – außer vielleicht aus den Medien, die von diesem Zinsvorteil berichteten? Wir müssen überlegen, wie wir einerseits vielleicht über Information, über Kundenschutz, über Vertragsrücktrittsrechte Dinge ändern können.

Wegen eines überschaubaren Zinsvorteils wurden komplette Vermögen bei einer unbekanntem Bank angelegt.

Andererseits müssen wir fragen: Wo gilt es, bei den Akteuren am Markt Veränderungen durchzusetzen? Und in dem Zusammenhang will ich auf Bereiche hinweisen, bei denen ich solche Änderungen für dringend geboten halte. Wir hatten doch schon vor dieser Krise aus den Finanzskandalen in den Vereinigten Staaten die Lehre gezogen, dass es nicht richtig sein kann, wenn ein Wirtschaftsprüfer gleichzeitig als Berater und Zertifizierer auftritt. Ich stelle aber fest, Rating-Agenturen betreiben nach wie vor nach diesem Modell ihr Geschäft.

Wir müssen schnellstmöglich eine Trennung herbeiführen zwischen der Beratung bei strukturierten Produkten einerseits und deren Bewertung andererseits. Es kann nicht länger angehen, dass die Rating-Agentur am Montag das Produkt strukturiert und am Dienstag über dessen Qualität und Zertifizierung entscheidet. Das ist eine wesentliche Änderung, die für mich auf die Tagesordnung gehört. Denn strukturierte Produkte

Wir brauchen eine Trennung zwischen der Beratung bei strukturierten Produkten und ihrer Bewertung.

werden wir auch in Zukunft brauchen, weil wir Verbriefungen brauchen, um Risiken verteilen zu können.

Publikumsfrage: Dr. Nikolaus Braun, Niederlassungsleiter der Quirin Bank in München. Wir haben ja nun viel gehört zum Thema Vertrauenskrise und notwendige strukturelle Veränderungen. Trotzdem bleibt da die Frage, wie wir Privatkunden künftig besser schützen. Sind nicht viel radikalere Schritte notwendig – wie etwa die Verpflichtung, Bankenprovisionen offenzulegen und auch transparent zu machen, also nicht nur irgendwo im Computer ein Häkchen zu setzen?

Oder wäre nicht vielleicht sogar ein Provisionsverbot denkbar, das Banker so wie Steuerberater und Anwälte zwingt, ihr Honorar in Rechnung zu stellen und damit transparent zu machen, was ihre Dienstleistung

Sollten Banker wie Steuerberater und Anwälte ihr Honorar in Rechnung stellen?

kostet? Es ist ja nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch die Frage: Kann ich die Interessen meines Mandanten richtig vertreten, wenn ich von der Produkt-Verkaufsseite bezahlt werde? Es gibt hierzu auch eine Studie des Verbraucherschutzministeriums, die sehr stark die Honorarberatung empfiehlt.

Außerdem stellt sich mir immer auch die Gerechtigkeitsfrage, wenn ich daran denke, wie wir als kleine Bank, die hier in München eine solche Honorarberatung anbietet, arbeiten müssen. Unser Jahreswerbeetat ist so klein – vermutlich ist die Summe bei der Deutschen Bank schon am 2. Januar verbraucht. Und dann sehe ich abends ein DFB-Halbfinale und stelle fest, die Bandenwerbung macht immer noch die Commerzbank – mit meinen Steuergeldern. Da frage ich mich: Wenn der Staat schon so tief in einer Bank drin ist, so stark im Finanzsektor finanziell engagiert ist – muss er dann nicht auch den Mut haben, massiv einzugreifen?

Prof. Dr. Manfred Weber: Was den ersten Punkt, „Offenlegung von Provisionen“, angeht – das ist heute schon rechtlich geregelt. Insofern kann ich die Kritik nicht ganz nachvollziehen. Den zweiten Punkt halte ich für wesentlich interessanter, nämlich Beratung, gerade bei Anlagen, gerade im Wertpapiergeschäft, auf Honorarbasis. *Banken wird geholfen, um den Blutkreislauf der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.* Sie haben ja ein solches Geschäftsmodell in Ihrem Haus. Aber Sie wissen auch genauso gut wie ich, dass es sich im deutschen Markt in der Breite nicht durchgesetzt hat. Sie müssen mir erst einmal die Kunden zeigen, die bereit sind, nur für Beratung zu zahlen. Und zwar eine breite Kundenbasis, nicht nur ein paar ausgewählte Kunden Ihres Hauses. In dem Punkt kommen wir also offensichtlich nicht weiter, so sehr man dieses Modell präferieren kann.

Was den letzten Punkt angeht, staatliche Unterstützungsmaßnahmen, so hat bereits Herr Fahrenschon in seinem Vortrag deutlich gemacht: Banken wird nicht geholfen um der Banken willen und schon gar nicht um der Banker willen, sondern um den Blutkreislauf der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. *Die Europäische Kommission schaut in Sachen Wettbewerbsverzerrung sehr genau hin.* Wenn Sie jetzt also ein Haus gestützt und stabilisiert haben, was wollen Sie ihm dann verbieten? Überhaupt noch Preise zu verlangen am Markt? Das geht ja wohl nicht. Für seine Tätigkeit nicht mehr zu werben? Das geht wohl auch nicht. Das Haus muss doch weiter Geschäfte machen können, im Wettbewerb mit anderen.

Selbstverständlich bringt das immer eine gewisse Gefahr von Wettbewerbsverzerrung mit sich. Deshalb schaut die Europäische Kommission als Wettbewerbsinstitution bei diesem Punkt auch sehr genau hin, wenn eine solche Stabilisierungsmaßnahme – in EU-Deutsch: Bei-

hilfe – erfolgt ist. Und wer heute oder in den letzten Tagen Zeitung gelesen hat, der konnte, was diesen konkreten Fall angeht, auch etwas über entsprechende Auflagen lesen.

Georg Fahrenscho: Transparenz ist von zentraler Bedeutung. Ich weise aber auch darauf hin, dass wir mittlerweile schon über wahre Datenfriedhöfe verfügen, die am Ende den Kunden und den Entscheider überfordern. Vor dem Hintergrund ist Transparenz alleine nicht ausreichend. Ich halte es für viel wichtiger, dass wir Einigkeit darüber erzielen, dass auf beiden Seiten des Schalters auch Verantwortung zu herrschen hat. Wir hatten uns dem Irrglauben hingegeben, das Zusammenspiel von Rating-Agenturen und Investmentbankern im Sinne von Information und Transparenz läuft automatisch, wenn es nur auf einem System beruht. Vor allem aber, wenn es dann noch einen tollen Computer gibt, der das Risiko berechnet. Das ist unsinnig.

Auf beiden Seiten des Schalters muss Verantwortung herrschen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass hinter jedem Geschäft auf beiden Seiten immer ein Mensch steht, der Möglichkeiten hat, der aber auch eine Verantwortung tragen muss. Dessen müssen wir uns wieder erinnern. Da können Systeme helfen, sie können entscheidungsunterstützend wirken, aber sie nehmen uns die persönliche Verantwortung, die wir bei jedem Geschäftsabschluss und bei jeder Entscheidung zu tragen haben, nicht ab.

Dr. Reinhard Marx: Und die Strukturen können das unterstützen, etwa durch Haftung. Und das haben wir im Bereich der Boni eben nicht

gehabt. Darüber wird ja jetzt auch diskutiert. Wie können wir die Haftung für das, was ich tue, auch implantieren in das System? Das könnte der Moral etwas aufhelfen.

Prof. Dr. Manfred Weber: Das gehört ja zu den Leitlinien mit dazu. Bei den Bonifikationen war ganz klar die Kurzfristigkeit ein Fehler. Da kann im ersten Jahr ein schöner Gewinn, ein schöner Ertrag anfallen, die Dinge sind nicht aus den Bankbüchern heraus und die Risiken mögen erst zwei Jahre später in Erscheinung treten. Deshalb sollte es hier eine mittelfristige Orientierung geben. Das andere ist die Kehrseite von Transparenz: Man kann in der Tat Menschen auch mit Informationen überfüttern, und nachher verstehen sie gar nichts mehr.

Ich glaube, wenn ich bei der Wertpapierberatung bleibe, dass einem Großteil der Kunden und ihren Anlegerinteressen mit relativ wenigen Produkten Genüge getan ist und dass man hier auch *Einem Großteil der Kunden genügen wenige Produkte mit* Transparenz im überschaubaren Maße schaffen kann. *mehr Transparenz.* Keine 40 Seiten Beschreibung mehr, sondern drei, die dann auch verstanden werden. Aber zur Transparenz und zur Verantwortung, Herr Fahrenschon, gehört auch der Kunde. Der darf seinen Teil davon nicht einfach an seine Bank abgeben. Siehe Kaupthing und ähnliche Fälle.

Publikumsfrage: Harald Ender, Mitglied des Vorstandes von Bavaria Industriekapital. Meine Frage richtet sich an Herrn Fahrenschon wie auch an Herrn Erzbischof Marx: Sie haben eben – wie ich finde – richtig gesagt, wir müssen zum „ehrbaren Kaufmann“ zurückkommen. Das setzt voraus, dass es den hin und wieder nicht gibt. Gleichzeitig fordern Sie Ethik und Moral. In meinen Augen ist diese Forderung ein bisschen

flach. Man kann sie zwar stellen, aber einklagen lässt sie sich nicht, solange es nicht irgendeine pekuniären Regulative gibt. Im Gegenteil: Der Aktienkurs steigt, wenn Sie zigtausend Leute entlassen, und der Vorstand verdient, weil der Kurs gestiegen ist.

Dafür haben wenige Leute Verständnis, nur solche, die davon profitieren. Außerdem fallen die Entlassenen der Allgemeinheit, der Sozial-

Steigende Aktienkurse bei Entlassungen: Dafür haben nur Leute Verständnis, die davon profitieren.

kasse, zur Last. Also ich als Steuerzahler bezahle das, die Kosten des Unternehmens sind hingegen externalisiert. Ein guter Manager findet aber vielleicht Lösungen, um so etwas zu vermeiden. Meine Frage: Können Sie sich

und wenn ja, wie können Sie sich Regulative vorstellen, die derartige Exzesse zumindest etwas einschränken?

Dr. Reinhard Marx: Es kommt immer beides zusammen. Natürlich braucht man Motive und moralische Qualität, auch der Akteure. Man braucht aber ebenso Institutionen, die dies befördern und negative Aktionen möglichst zu verhindern suchen. Dazu kann man auch Regeln finden, das führt aber heute zu weit. Und dabei geht es nicht nur um die Manager, es geht nicht nur um die Banker, es geht gleichfalls um die Aktionäre. Das ist ein weites Feld, wie man das, was an Gutem da ist, durch Haftungsregeln, durch Anreizsysteme unterstützen kann. Der ehrbare Kaufmann und vernünftige Anreizsysteme – das würde ich nie als Gegensatz sehen.

Georg Fahrenschon: Wir werden eine Debatte haben, inwieweit wir verschiedene Mechanismen, etwa das Hedgen über Leerverkäufe und damit die Möglichkeit, Positionen nach oben oder nach unten zu hebeln, zur Disposition stellen müssen. Aber uns muss auch eines klar sein: Wir

*Es war notwendig, dass der Staat rasch und konsequent
gehandelt hat, um eine Systemkrise zu verhindern.
(Rolf Friedhofen)*



leben nicht auf einer Insel der Glückseligen, wir sind nicht von der Welt abgegrenzt und können daher in Deutschland nicht allein die Märkte bewegen. Diese Debatte ist international zu führen, denn wir haben offene Märkte, Gott sei Dank. Wir würden daher einem Irrglauben unterliegen, wenn wir meinen, wir könnten hier mit nationaler Regulierung Dinge, die uns nicht gefallen, einfach ausschalten.

Wir können nicht allein von Deutschland aus die Märkte bewegen.

Prof. Sigmund Gottlieb: Zum Schluss die Frage an die beiden Banker: Was haben Sie für sich persönlich aus dieser Krise gelernt?

Rolf Friedhofen: Wir müssen zurückkommen zu den alten Traditionen des Bankiertums, wir müssen daran denken, was wir eigentlich tun sollen. Wir sollen die Volkswirtschaft mit Liquidität versorgen. Wir sollen unsere Kunden mit verständlichen Anlage-, Finanzierungs- und sonstigen Beratungsprodukten betreuen. Wir sollen dabei nicht unbedingt dem letzten Euro an Ertrag nachlaufen, sondern eher nachhaltig wirtschaften und die Erträge damit über die Zeit glätten.

Wir müssen zurückkommen zu den alten Traditionen des Bankiertums.

Prof. Dr. Manfred Weber: Ich denke daran, dass Banken Dienstleister sind, und Dienstleister brauchen Unternehmen und andere Kunden, denen sie mit ihren Dienstleistungen im gegenseitigen wirtschaftlichen Interesse dienen können. Mache nur das, was du selbst auch verstehst, und Sorge im Übrigen dafür, dass die Diskussion in der Öffentlichkeit möglichst solide in dem Sinne geführt wird, dass wir nicht nur einen Sündenbock sehen, die Banken. Die haben zwar genug falsch gemacht. Aber nur wenn wir die Krise sauber analysieren, finden wir die richtigen Antworten.

Nur wenn wir die Krise sauber analysieren, finden wir die richtigen Antworten.

Prof. Sigmund Gottlieb: Danke, meine Herren hier auf dem Podium, für die engagierte Diskussion. Am Schluss will ich den uns allen bekannten Max Frisch zitieren: Die Krise ist ein ungemein produktiver Zustand, man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. Herr Friedhofen, Sie haben das letzte Wort.

Schlusswort

Meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken, bei den Referenten für die interessanten Vorträge, bei Herrn Gottlieb für die wie immer anregende Moderation und bei Ihnen, meine Damen und Herren im Publikum, für die lebhaftige Teilnahme an der Diskussion.

Vorträge und die Diskussion haben bestätigt, dass wir vor sehr großen Herausforderungen stehen. Ich bin mir allerdings sicher, dass wir diese Herausforderungen erfolgreich meistern werden, wenn wir die richtigen Lehren – wir haben darüber gesprochen – aus dieser Krise ziehen.

Im Selbstverständnis der Banken ist eine klare Zäsur unvermeidlich. Wenn, aufbauend darauf, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft geschlossen handeln. In den Reden und Diskussionsbeiträgen wurden die notwendigen Konsequenzen ausführlich beleuchtet, und ich möchte sie hier nicht wiederholen. Lassen Sie mich aber noch einmal unterstreichen, dass die anstehenden Veränderungen für einige Banken sicherlich schmerzhaft sein werden.

Wir werden beispielsweise Zusammenschlüsse sehen, die – durch den damit verbundenen notwendigen Abbau von Personal – auch zum Wegfall von Arbeitsplätzen führen werden. Dieser ist dann, wenn es schon dazu kommen muss, mit oberster Priorität sozialverträglich zu gestalten.

Im Selbstverständnis der Banken ist eine klare Zäsur unvermeidlich. Wir müssen uns wieder stärker an den spezifischen Erfordernissen unserer Kunden orientieren. Wir müssen zu einem, ich nenne es, loyalitätsbasierten Banking zurückkehren. Und wir müssen nicht nur für Aktionäre, sondern auch für Kunden, Mitarbeiter und nicht zuletzt das Gemeinwesen nachhaltig Wert schaffen. Nur so, meine Damen und Herren,

können wir glaubhaft machen, dass die Bankenbranche aus dieser Krise gelernt hat. Und nur so kann – leider erst mittel- bis langfristig – verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden.

Auf dem Weg aus der Krise müssen wir gemeinsam, aber noch mehr als bisher, deutlich machen, weshalb Staatshilfen für systemische Banken notwendig sind. Welche Konsequenzen es hätte, wenn der Staat eben nicht regulierend eingreifen würde, und dass die Staatshilfen letzten Endes das kleinere von zwei in der Tat sehr großen Übeln sind.

Wir müssen für Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und das Gemeinwesen nachhaltig Wert schaffen.

Problematisch dabei ist, dass die Materie alles andere als leicht verdaulich ist. Und dass es nun einmal keine seriösen Schwarz-Weiß-Antworten auf diese äußerst schwierigen Fragen gibt. Dies macht es nicht unbedingt leichter, einer differenzierten Betrachtungsweise den Weg zu ebnen. Und ich möchte auch noch eines sagen, meine Damen und Herren: Polarisierung und Polemisierung, wie wir sie da und dort beobachten können, sind kein Ausweg aus der Krise, definitiv nicht.

Aber gerade weil die Lage derzeit ernst ist, scheint es mir wichtig, einen optimistischen Ausblick zu wagen. Auch wenn die Begleitumstände in diesem Abschwung zugegebenermaßen deutlich herausfordernder sind als in früheren Perioden, so haben wir doch aus der Vergangenheit gelernt, dass Krisen auch Innovationsschübe hervorbringen. Diese gilt es zu nutzen, um dann gestärkt aus der gegenwärtigen Krise herauszugehen. Herzlichen Dank.

Staatshilfen sind das kleinere von zwei, in der Tat sehr großen, Übeln.

Kurzbiographien der Redner

Georg Fahrenschon, geboren 1968 in München, ist seit Ende Oktober 2008 Bayerischer Staatsminister der Finanzen. Bereits während seines Studiums der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten München und Augsburg engagierte er sich politisch im Bundesvorstand der Jungen Union und im Gemeinderat von Neuried. Von 2002 bis 2007 gehörte Fahrenscho dem Deutschen Bundestag an und war Mitglied im Finanz- und im Haushaltsausschuss sowie Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen der CSU-Landesgruppe. Im Jahr 2007 wurde er als Staatssekretär in das Bayerische Finanzministerium berufen und war Stellvertretendes Mitglied der Föderalismuskommission II. Fahrenscho ist u. a. Präsidiumsmitglied des Ökumenischen Kirchentages 2010 in München.

Rolf Friedhofen, geboren 1958 in St. Sebastian bei Koblenz, ist seit Anfang 2006 Mitglied des Vorstandes der HypoVereinsbank in München und als Chief Financial Officer zuständig für die Bereiche Planning und Controlling, Rechnungswesen, Anteilsbesitz und Beteiligungen, Steuern, Investor Relations sowie Asset/Liability Management. Seit Beginn des Jahres 2009 ist er zudem Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Bankenverbandes. Nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften und dem Abschluss als Diplom-Kaufmann an der Universität Passau im Jahr 1984 war er bis 1997 Partner bei der KPMG Deutsche Treuhand Gesellschaft und danach bei der PwC Deutsche Revision in Frankfurt am Main. Als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater war Friedhofen dabei für Banken im In- und Ausland tätig, bevor er Ende 2004 als Bereichsvorstand zur HVB wechselte.

Sigmund Gottlieb, geboren 1951 in Nürnberg, ist seit 1995 Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und seit 2001 stellvertretender Fernsehdirektor. Nach seinem Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Germanistik, das er mit dem Staatsexamen abschloss, begann seine journalistische Laufbahn 1977 in der Redaktion des Münchner Merkur. Ab 1985 war er Bonn-Korrespondent beim Zweiten Deutschen Fernsehen, für das er 1998 als Moderator des Nachrichtenmagazins heute-journal nach Mainz wechselte. In München begann Gottlieb 1991 als stellvertretender BR-Fernseh-Chefredakteur und Leiter des Programmbereichs Politik und Zeitgeschehen. Derzeit moderiert er u. a. die Münchner Runde und ist Kommentator der ARD-Tagesthemen. Seit Mai 2005 ist Gottlieb Honorarprofessor für Journalismus an der Fachhochschule Amberg-Weiden.

Reinhard Marx, geboren 1953 im westfälischen Geseke, wurde im Februar 2008 in das Amt des Erzbischofs von München und Freising eingeführt. Von 1981 bis 1989 studierte er in Münster und Bochum und promovierte zum Doktor der Theologie. 1996 wurde er Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Theologischen Fakultät Paderborn. Im gleichen Jahr ernannte ihn Papst Johannes Paul II. zum Weihbischof im Erzbistum Paderborn. In das Amt des Bischofs von Trier wurde er an Ostern 2002 eingeführt. Der heutige Münchner Erzbischof ist Vorsitzender der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und soziale Fragen und seit Mai 2008 Mitglied des Päpstlichen Rates für die Laien. Im März 2009 wurde er zum Vizepräsidenten der EU-Bischofskonferenz Comece gewählt.

Manfred Weber, geboren 1950 im bayerischen Altkofen, ist seit 1992 Hauptgeschäftsführer und seit 1997 Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken in Berlin. Nach einem Studium der Nationalökonomie und der Promotion an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main arbeitete er von 1980 bis 1985 in der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank. Von 1986 bis 1991 leitete er das Büro des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank. Anschließend war Weber bis 1992 bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel tätig. Seit Januar 2004 hat er eine Honorarprofessur an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam inne.

Teilnehmer des Symposiums

Abberger, Dr. Klaus	ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Bereich Konjunktur und Befragungen, München
Ackermann, Eugen	Managing Director, Corealcredit Bank AG, München
Angermeyer-Naumann, Dr. Regine	Managing Director, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Anneser, Dr. Sebastian	Domkapitular, Erzbischöfliche Finanzkammer, München
Bauer, Peter	Chief Executive Officer, Infineon Technologies AG, Neubiberg
Bäumer, Günter	Ehem. Präsident, Deutsche Bundesbank Hauptverwaltung München
Beckert, Dr. René	Direktor, Aareal Bank AG, München
Becking, Bernd	Vorsitzender der Geschäftsführung, Agentur für Arbeit, München
Böhm, Werner-Hans	Vorsitzender, 2. Ökumenischer Kirchentag München 2010
Bosl, Franziska	Auxilium AG – Finanzservice, München
Brandl, Evi	Geschäftsführerin, Vinzenz-Murr Vertriebs GmbH, München
Braun, Dr. Nikolaus	Niederlassungsleiter, Quirin Bank AG, München

Teilnehmer des Symposiums

Bresgen, Claudia	Leiterin Media Relations & Executive Communications, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Broy, Inge	Theologische Referentin, Erzbischöfliches Sekretariat, München
Brunner, Wolfgang	Vorstand, ARAG Krankenversicherungs-AG, München
Bücker, Michael	Mitglied der Geschäftsleitung, Commerzbank AG, München
Dempf, Robert	Mitglied der Geschäftsbereichsleitung, Oberbank AG, München
Driessen, Peter	Hauptgeschäftsführer, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
Ender, Harald	Mitglied des Vorstandes, Bavaria Industriekapital AG, München
Endres, Prof. Dr. Egon	Präsident, Katholische Stiftungshochschule München
Fahrenschon, Georg	Bayerischer Staatsminister der Finanzen, München
Feusser, Heinzwerner	Aufsichtsrat, Augusta Technologie AG, München
Fischer, Wolfgang	Geschäftsführer, City Partner München
Frick, Helmut	Mitglied der Geschäftsbereichsleitung, Oberbank AG, München

Friedhofen, Rolf	Vorsitzender des Vorstandes, Bayerischer Bankenverband, und Mitglied des Vorstandes, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Gehrke, Martin	Kaufmännischer Leiter, Hermes GmbH, München
Gfrerer, Anne	Leiterin Identity & Communications, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Glaab, Dr. Manuela	Akademische Oberrätin, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München
Goderbauer-Marcher, Prof. Dr. Gabriele	Geschäftsführerin, MedienCampus Bayern, München
Goetz, Dr. Stephan	Geschäftsführer, Goetzpartners Corporate Finance GmbH, München
Gottlieb, Prof. Sigmund	Chefredakteur Fernsehen, Bayerischer Rundfunk, München
Greiner, Dr. Friedemann	Pfarrer, Akademiedirektor, Evangelische Akademie Tutzing
Griess, Jutta	Vizepräsidentin, Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband, München
Hamann, Heinrich	Verein zur Förderung der Alten und Neuen Pinakothek, München
Hausser, Dr. Joachim	Vorsitzender des Aufsichtsrates, Ludwig Beck AG, München

Teilnehmer des Symposiums

Heppner, Wolfgang	Geschäftsführer, Economark Zeitpersonal-GmbH, München
Herrmann, Dr. Christoph	Herrmann, Moeller + Partner Unternehmens- berater, München
Hillenbrand, Christoph	Regierungspräsident, Regierung von Oberbayern, München
Huber, Markus	Pressesprecher, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Jüptner, Dr. Roland	Präsident, Bayerisches Landesamt für Steuern, München
Kamitz, Klaus	Regionaldirektor, Signal Iduna IKK, München
Kathrein, Prof. Dr. Anton	Mitglied der Geschäftsleitung, Kathrein-Werke KG, Rosenheim
Kau, Carl	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Vorsitzender des Vorstandes, Bankenverband Bremen
Kemmer, Dr. Michael	Vorsitzender des Vorstandes, Bayerische Landesbank, München
Kemptner, Dr. Fritz	Präsident, Verband freier Berufe in Bayern, München
Kleine, Prof. Dr. Jens	Steinbeis-Hochschule, Research Center for Financial Services, München
Knobloch, Charlotte	Präsidentin, Zentralrat der Juden in Deutsch- land und Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern

Kraemer, Hans-Joachim	Geschäftsführer, Export-Club Bayern, München
Kraßer, Prof. Dr. Rudolf	Vorsitzender, Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der Verwertungsgesellschaft Wort GmbH, München
Lang, Dr. Stephan	Rechtsanwalt, Rechtsanwälte Dr. Lang & Kollegen, München
Leeb, Dr. Thomas	Stv. Geschäftsführer, BMW Stiftung Herbert Quandt, München
Lejeune, Erich J.	Honorarkonsul der Republik Irland, München
Lerchenfeld, Philipp Graf von und zu	Mitglied des Bayerischen Landtages, München
Marx, Dr. Reinhard	Erzbischof von München und Freising
Marx, Rüdiger	Leiter Executive Communications, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Hamburg
Meier, Dr. Claus	Oberkirchenrat, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, Landeskirchenamt München
Miller, Josef	Staatsminister a. D., Mitglied des Bayerischen Landtages, München
Müller, Alois	Präsident, Deutsche Bundesbank Hauptverwaltung München
Munz, Rainer	Stuudioleiter, RTL-Studio Süd, München

Teilnehmer des Symposiums

Niebergall, Inge	Mitglied der Geschäftsführung, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
Nothhelfer, Erik	Vorsitzender des Vorstandes, Immobilienverband Deutschland Süd, Ulm
Nusshart, Arthur	Geschäftsführer, Bank Sarasin AG, München
Ocker, Helmut	Leiter Rechnungswesen, F. Bruckmann München GmbH & Co. KG, München
Ondracek, Dieter	Bundvorsitzender, Deutsche Steuer- Gewerkschaft, Berlin
Panzer, Lothar	Vorsitzender des Vorstandes, Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterver- sorgung, München
Pfitzner, Bernhard	Mitglied der Geschäftsleitung, Bankhaus von der Heydt GmbH & Co. KG, München
Plössl, Christian	Präsident, Bayerische Warenbörse, München
Radwan, Alexander	Mitglied des Bayerischen Landtages, München
Reicherzer, Albert	Bereichsvorstand, Transaction Banking – Banking Services, Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Reichhart, Markus	Mitglied des Bayerischen Landtages, München
Reissl, Alexander	Fraktionsvorsitzender der SPD, Stadtrat von München

Renzikowski, Christoph	Leiter, Katholische Nachrichten-Agentur GmbH, München
Rieger, Ulrich Konstantin	Referatsleiter für wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
Rüdenholz, Ulla	Vizepräsidentin, Europäische Bewegung Bayern, München
Rümmelein, Günter	Geschäftsführer, Dobler Metallbau GmbH, München
Sanktjohanser, Stefan	Geschäftsführer, Goetzpartners Corporate Finance GmbH, München
Scharf, Wolfgang	Stv. Niederlassungsleiter, Quirin Bank AG, München
Schleicher, Dr. Hans	Amtschef, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München
Schmalz, Peter	Chefredakteur, Bayerischer Monatsspiegel, München
Schmidt, Andreas	Geschäftsführender Vorstand, Börse München
Schneider, Klaus	Vorsitzender des Vorstandes, Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger, München
Schwab, Dr. Hartmut	Präsident, Steuerberaterkammer München
Semper, Dr. Lothar	Hauptgeschäftsführer, Handwerkskammer für München und Oberbayern

Teilnehmer des Symposiums

Singhammer, Johannes	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
Spindler, Dr. Wolfgang	Präsident, Bundesfinanzhof, München
Sprißler, Dr. Wolfgang	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Stein, Andreas	Direktor, Svenska Handelsbanken AB, München
Steiner, Judith	Pressesprecherin, Bayerisches Staats- ministerium der Finanzen, München
Straßner, Dr. Ludwig	Mitglied des Vorstandes, Salzburg München Bank AG, München
Stumpf, Dr. Michael	Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, München
Uslar, Alexander Freiherr von	Vorstand, DAB Bank AG, München
Vogelsang, Hermann	Direktor, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, Fachbereich Polizei, Fürstenfeldbruck
Wagner, Dr. Tobias	Geschäftsführer, AIS Management GmbH, München
Wagner-Pinggéra, Andrea	Pfarrerin, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, 2. Ökumenischer Kirchentag München 2010
Weber, Prof. Dr. Manfred	Geschäftsführender Vorstand, Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Wechsler, Dr. Ulrich	Vorsitzender des Vorstandes, Stiftung Literaturhaus München, Berg
Weidenfeld, Prof. Dr. Werner	Direktor, Centrum für angewandte Politik- forschung, Ludwig-Maximilians-Universität München
Weimer, Dr. Theodor	Sprecher des Vorstandes, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München
Welser, Brigitte von	Geschäftsführerin, Gasteig München GmbH, München
Wendl, Michael	Sprecher der Linken, Kreisverband München
Wöhrl, Alois	Geschäftsleiter, Bankhaus Ludwig Sperrer KG, Freising
Wunderlich, Thomas	Relationship Manager, Delbrück Bethmann Maffei AG, München

Sowie Schülerinnen und Schüler der Klasse 10c
des Ignaz-Taschner-Gymnasiums, Dachau

Abeltshauer, Tamara	Guth, Caroline
Almanstötter, Michael	Haas, Christian
Blank, Katharina	Halbwirth, Stefanie
Diery, Annika	Haranghy, Adam
Ellerhoff, Nathanael	Heise, Stephanie
Gann, Sabine	Huß, Jakob
Gruber, Mathias	Keppeler, Carina

Teilnehmer des Symposiums

Kießling, Lydia

Krenn, Sandra

Lachner, Benedikt

Liu, Lucie

Noll, Philipp

Plotnikov, Roman

Raischl, Elia

in Begleitung ihrer Lehrer

Reinders, Ina

Reim, Julia

Schiller, Christian

Schwarz, David

Thu Hang, Than

Wagner, Christoph

Widmann, Florian

Winbauer, Tobias

Zimmermann, Michael

In der Reihe „Deutsche Fragen“ bisher erschienen:



Ökonomische Bildung:

Wie lernen Schüler Soziale Marktwirtschaft?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken, Berlin

Juni 2008

Schutzgebühr: 4,- €



Finanzbeziehungen der Länder: Gelingt der Durchbruch zu mehr Wettbewerb?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem Bankenverband
Schleswig-Holstein und der

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Januar 2008

Schutzgebühr: 4,- €



Wie schaffen wir stabiles Wachstum für mehr Beschäftigung?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem
Bankenverband Rheinland-Pfalz und der

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Dezember 2007

Schutzgebühr: 4,- €



Wie kommt der Staat aus der Schuldenfalle?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem
Bankenverband Baden-Württemberg
und der Universität Mannheim

Juli 2006

Schutzgebühr: 4,- €



Wie findet Europa zu neuer Dynamik?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und des
Bankenverbandes Hamburg

November 2005

Schutzgebühr: 4,- €



Wachstumsorientierte Steuerpolitik – Illusion oder realistische Perspektive?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem Ostdeutschen
Bankenverband und der Universität Erfurt

Oktober 2004

Schutzgebühr: 4,- €



Bürokratie abbauen – aber wie?

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Juli 2004

Schutzgebühr: 4,- €



Reformblockaden aufbrechen – den Föderalismus neu gestalten

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Leipzig
September 2003

Schutzgebühr: 4,- €



Aufbau Ost: Was bringt die neuen Länder voran?

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Potsdam
Oktober 2002

Schutzgebühr: 4,- €



Was muss Wirtschaftspolitik leisten?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken mit dem
Bankenverband Hessen und der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

März 2002

Schutzgebühr: 4,- €



Wie viel Eigenverantwortung brauchen wir?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität des Saarlandes

September 2001

Schutzgebühr: 4,- €



Was bringt die digitale Zukunft?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Hannover

April 2001

Schutzgebühr: 4,- €



Welche Bildung für morgen?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Technischen Universität Dresden
Oktober 2000

Printausgabe leider vergriffen



Welche Zukunft hat der Mittelstand?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Bremen
Mai 2000

Schutzgebühr: 4,- €



Wohin jetzt, Europa?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
August 1999

Schutzgebühr: 4,- €



Wohin führt der globale Wettbewerb?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Hohenheim

März 1999

Printausgabe leider vergriffen



Was ist soziale Gerechtigkeit?

Symposium des Bundesverbandes
deutscher Banken und der
Universität Erfurt

August 1998

Schutzgebühr: 4,- €

Alle bisher erschienenen Dokumentationen sind im Internet unter www.deutsche-fragen.de im PDF-Format verfügbar und können dort auch (sofern nicht vergriffen) als Printausgabe bestellt werden.

Impressum

*Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken
Internet: www.bankenverband.de
www.deutsche-fragen.de*

*Redaktion: Wolfgang Haafß
Telefon: 030 1663-1540
E-Mail: deutsche-fragen@bankenverband.de*

Gestaltung: Schmidt & Schumann, Dresden

Illustrationen: Janusz Kapusta

Lithografie

und Satz: CCP Kummer & Co. GmbH, Dresden

Berlin, August 2009

